

Reale Bildung

in Rheinland-Pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

„Akademisierungswahn“



Warum er für unsere
Gesellschaft zur Falle
werden kann

**Fachkräfte
dringend
gesucht!!!**

Besuchen
Sie unsere neue
Homepage:
www.vrb-rlp.de

VRB und HWK: Effektive Berufsorientierung sichern
Lehrergesundheit: Gesundheitsbericht benennt Belastungsfaktoren
Anhebung Pensionsaltersgrenze: VRB lehnt Gesetzesentwurf ab
VRB im Studienseminar Oberdiebach: Mut machen, statt Ängste schüren
KlarText Migration: Zuständigkeiten klären

Liebe Leserinnen und Leser,



die Ihnen vorliegende Ausgabe von Realer Bildung in Rheinland-Pfalz steht exemplarisch für die beiden Konstanten unserer Verbandsarbeit: Der VRB steht für eine pragmatische, an der schulischen Praxis orientierte Interessenvertretung sowie für eine stringente, kritisch-inhaltliche Auseinandersetzung mit der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik. Landesregierungen, Ministerinnen und pädagogische Trends mögen wechseln, unsere inhaltlichen Grundüberzeugungen tun das nicht.

Wir stehen zur Realschule plus genauso wie zur Integrierten Gesamtschule und stellen daher nicht in regelmäßigen Abständen die Systemfrage. Andere mögen das tun, wir halten das für wenig hilfreich. Vielmehr ist es unser Anliegen, Realschulen plus und Gesamtschulen zu stärken, indem wir der zunehmenden Akademisierung und Nivellierung von Bildung eine klare Absage erteilen. Die Zukunft gehört einer inhaltlichen Schärfung der Schulprofile, und zwar in Richtung Berufsorientierung und nicht in Richtung „Abitur für alle“. Warum wir das für erforderlich halten, können Sie in unserem Hauptartikel sowie in weiteren Beiträgen erfahren.

Der Verband Reale Bildung betreibt auch keine Kollegenschelte, wenn diese die verordneten Inklusionsvisionen im Schulalltag nicht als problemlos erleben „wollen“. In diese Situation kommen

wir nicht, weil ideologischen Zielsetzungen für uns niemals Handlungsmaßstab sind. Inklusion kann nur gelingen, wenn der ganze ideologische Ballast über Bord geworfen und pragmatisch darauf geachtet wird, dass Inklusion niemanden überfordert und alle Beteiligten voranbringt. In seinem Beitrag zur uneingeschränkten Wahlfreiheit zwischen Förderschule und allgemeiner Schule fordert Wilfried Rausch genau das ein.

Liebe Leserinnen und Leser, unsere Überzeugungen von guter Bildung wechseln nicht aufgrund von pädagogischen Modeerscheinungen, gesellschaftlichen Trends oder gar politischem Funktionärskalkül. Unabhängig davon, welches Lehramt wir haben oder welche schulische Funktion wir ausüben, sind es gemeinsame Werte und Überzeugungen, die uns verbinden.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit, kommen Sie gut ins neue Jahr!

Herzlich Ihr



Impressum

Herausgeber

VRB Verband Reale Bildung
Landesverband
Rheinland-Pfalz e. V.

Landesvorsitzender

Bernd Karst
Grolscheimer Weg 5
55411 Bingen
Tel: 0 67 21 / 99 49 99
bernd.karst@vrb-rlp.de

Zentrale Mitgliederkartei und Inkasso

Wolfgang Seebach
Unterstraße 19
56814 Faid
Tel: 0 26 71 / 85 49
Fax: 0 32 12 / 965 73 31
schatzmeister@vrb-rlp.de

Redaktion

Michael Eich
Trifelsstraße 1a
76751 Jockgrim
Tel: 0 72 71 / 12 92 74
michael.eich@vrb-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust
www.bizzdesign.de

Auflage

5.000 Stück

Druck

flyeralarm GmbH, Würzburg

Zuschriften

Einsender von Manuskripten, Briefen u. Ä. erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Schriften oder Arbeitsmittel wird keine Verpflichtung übernommen. Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichend Rückporto beiliegt. Beiträge, Zuschriften und Besprechungsstücke an die Redaktion erbeten. Nachdruck, auch auszugsweise gerne, aber nur mit Genehmigung.

Bildmaterial

Bitte senden Sie uns Ihr Bildmaterial ausschließlich in digitalisierter Form zu und achten Sie auf eine druckfähige Auflösung (300 dpi).

Anzeigenberatung und -preislise

Bitte wenden Sie sich an Michael Eich (michael.eich@vrb-rlp.de). Es gilt die Anzeigenpreislise vom Mai 2014.

Alte und neue Herausforderungen

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat ihr Kabinett umgebildet. Doris Ahnen, die 14 Jahre lang die rheinland-pfälzische Bildungspolitik entscheidend prägte, fünf Jahre lang als Staatssekretärin und ab 2001 als Bildungsministerin, leitet künftig das Finanzministerium. Ein „beruflicher Aufstieg“, wie die Medien kommentieren. Ihre Amtsnachfolgerin, Vera Reiß, war zuvor seit 2007 Staatssekretärin im Bildungsministerium.

Der personelle Wechsel in diesem Ministerium wird demzufolge recht reibungslos verlaufen. Die bildungspolitischen Herausforderungen werden allerdings nicht geringer. Spannend wird sein, welche politischen Spielräume die neue Bildungsministerin besitzt und welche Schwerpunkte sie setzen wird.

Weiterentwicklung der Realen Bildung

„Inklusion“ ist ein großes Thema, ebenso ist die „Erziehungsoffensive“ ein kontinuierliches Thema unseres Verbandes und daher Schwerpunkt unseres nächsten Fachkongresses 2015 in Ingelheim. Die schulischen Rahmenbedingungen, „Klassengröße“, „Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte“, „Sicherung des Lehrernachwuchses“, „Besoldung der Lehrkräfte“, um einige Beispiele zu nennen, tangieren das Bildungsministerium und das Finanzministerium gleichermaßen. Die neue Finanzministerin kennt die Erfordernisse der Schulen und die Situation der Lehrkräfte.

Ein originäres Anliegen unseres Verbandes ist die Weiterentwicklung der Realen Bildung. Diese ist allerdings nicht nur abhängig vom Engagement der Lehrkräfte. Entscheidend sind die politischen Setzungen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen, aber auch die konsequente Umsetzung des Leistungsanspruches in den Schulen. Kontinuierlich berichten die Medien über den Fachkräftemangel in der Bundesrepublik, über die Akademisierung der Gesellschaft und über den Qualitätsverlust des Gymnasiums: „Das Gymnasium – Ruine einer Utopie?“ (FAZ, 6.11.2014), „Kein Lob dem Abitur“ (Neue Züricher Zeitung, 2.11.2014).

Julian Nida-Rümelin verweist auf Schätzungen des Bundesinstitutes für Beruf-

liche Bildung, wonach in dem Zeitraum zwischen 2010 und 2030 im Bereich der Facharbeiterschaft ein Fehlbedarf von 4 Millionen und ein Überhang von mehr als 1 Million Menschen im Bereich der akademischen Berufe entstehen würden. Das Problem und seine Folgen betreffen allerdings nicht die Arbeitslosigkeit. „Für Menschen, die ein Studium abgeschlossen haben, wird es auch in Zukunft wahrscheinlich nur selten ein Problem geben, Arbeit zu finden, aber eben nicht in den Berufen, die ihrer Ausbildung angemessen sind. Ich meine nicht angemessen im Sinne eines hohen Gehaltes, sondern angemessene Berufe, die einen vernünftigen Zusammenhang herstellen zwischen dem, was man im Studium gelernt hat, und dem, was man nachher im Beruf macht“ (Julian Nida-Rümelin: „Der Akademisierungswahn. Bleibt die duale Ausbildung auf der Strecke?“, SWR2 Aula, 2.11.2014, 08:30).

Klare Worte kommen auch aus dem Gymnasium. In seinem Beitrag „Auf dem Weg zum Vollkaskoabitur. Ursachen und mögliche Folgen des Akademisierungswahns“ warnt der Bundesvorsitzende des Philologenverbandes Heinz-Peter Meidinger vor einem Nachwuchsmangel im dualen beruflichen Ausbildungssystem und einem dramatischen Verdrängungsprozess zu Lasten von Personen ohne akademische Ausbildung. Außerdem würden immer mehr Studienanfänger den Anforderungen eines Fachstudiums nicht mehr gewachsen sein (Profil. Das Magazin für Gymnasium und Gesellschaft, Ausgabe 10/2014, S. 22).

Die ZEIT berichtet von einem Professor, der an der Westfälischen Hochschule lehrt und als „Exmatrikulator“ bezeichnet wird, weil bei ihm so viele Studenten durchfallen. In seiner Vorlesung „Quantitative Methoden für Wirtschaftsjuristen“ habe er nach einer gestellten Rechenaufgabe maliziös geäußert: „Ich entschuldige mich bei all denen, die das können. Und ich schäme mich, das an der Hochschule machen zu müssen. Das ist Stoff der achten Klasse. Nehmen Sie Ihr altes Schulbuch zur Hand!“ („Müssen jetzt alle studieren?“ Die ZEIT, 23.10.2014, S.77) Die Schelte in dieser Form, wenn auch



in einer verzweifelten Lehrsituation entstanden, ist wenig zielführend. Aber der sachliche Hintergrund ist bemerkenswert. Studierfähigkeit ist eben etwas anderes als bloße Studierberechtigung.

Die „Akademisierungswelle“ ist auch hausgemacht

Alle Schularten beklagen eine veränderte „Schülerpopulation“ und die damit verbundenen didaktischen Folgen. Die schulrechtliche Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung – und mehr noch: der Verzicht auf „Notenbarrieren“ – haben den mittlerweile galoppierenden Zugang zum Gymnasium gefördert.

Neben diesen politischen Faktoren sind es die pädagogischen Faktoren, die eine Veränderung der Schülerpopulation beeinflussen. Denn über Leistungsanforderungen, Leistungsniveau und die Vergabe der Hochschulreife entscheiden letztendlich die Lehrkräfte. Die „Akademisierungswelle“ ist daher zu einem beträchtlichen Anteil auch hausgemacht. Der vielfältige und teilweise divergierende Erwartungsdruck, dem sich das Gymnasium ausgesetzt sieht, ist nachvollziehbar, aber keine Rechtfertigung. Klagen über Leistungsschwund und gleichzeitiges „Durchwinken“ der Leistungsunwilligen oder Leistungsschwachen bis zum Abitur widersprechen sich. „Falls das Gymnasium angesichts des demografischen Rückgangs und der Konkurrenz anderer Wege zum Abitur auf Absenkung des Niveaus setzt, wird es so oder so zu den Verlierern zählen (...)“ (Gymnasium in der Akademi-

kergesellschaft/ Von Heinz-Peter Meidinger. In Profil, Oktober 2013, S. 3).

Verstärkte Ansprüche an die Politik

Der neuen Finanzministerin Doris Ahnen wünschen wir viel Erfolg bei der Wahrnehmung ihrer neuen Aufgabe. In den vielen Jahren der bildungspolitischen Kontakte, Diskussionen und Gespräche gab es Übereinstimmungen und naturgemäß unterschiedliche Sichtweisen. Durchgängig war die wechselseitige persönli-

che Wertschätzung auch in komplexen Sachfragen.

Auch die neue Bildungsministerin Vera Reiß hat ihr Amt zu einem schwierigen Zeitpunkt angetreten. Im Vorfeld der Landtagswahlen 2016 steigen die Ansprüche an die Politik, insbesondere an die Bildungspolitik. Die neue Bildungsministerin weiß, dass Reale Bildung ein zentrales Anliegen ist, dass die Unterstützungsangebote für die Realschulen plus

und Integrierten Gesamtschulen eines erheblichen Ausbaus bedürfen und dass die Rahmenbedingungen verbessert werden müssen, ebenso die sozialen Aspekte, damit der Lehrerberuf wieder attraktiv wird. Auch ihr wünschen wir bei der Bewältigung dieser Herausforderungen viel Erfolg.

*Jhr
Bernd Karst*

Inhalt der Ausgabe Dezember 2014

Titelthema		Schule und Recht	
„Akademisierungswahn“	5	Pinnwand	27
Bildungspolitik		VRB-Handbuch: Neuer Titel und neue Ordner – 55. Ergänzungslieferung im Druck	28
Pinnwand	10	Beruf Lehrer	
Bundesrealschultag „Gute Bildung – reale Chancen“	12	Pinnwand	29
VRB-Verbandsarbeit		Pensionsaltersgrenze: VRB lehnt Gesetzentwurf ab	30
Rheinpfalz-Interview: Bernd Karst über Realschule plus	14	Lehrerbildung	
Ministerwechsel in Dreyers Kabinett	15	Studienseminar: Mut machen, statt Ängste schüren	31
VRB im Gespräch mit Staatssekretär Hans Beckmann: Realschule plus bedarf der besonderen Aufmerksamkeit ...	15	Stellungnahme VRB: Änderung ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften für Lehrämter	33
VRB im Gespräch mit Handwerkskammern: Effektive Berufsorientierung sichern	16	Unterrichten Pädagogik, Didaktik und Methodik	
VRB-Pressemitteilung: Effektive Berufsorientierung sichern	17	Pinnwand	35
VRB im Gespräch CDU: Wirksame Migrantenförderung ...	17	Plädoyer: Muße für die Musen	36
VRB im Gespräch mit ADD-Präsidentin Barzen: Lehrer von der Straße holen	18	Vorsicht Glosse! „Paradigmenwechsel treiben Forschung voran“	37
Landeshauptvorstand in Morbach	19	VRB-Bezirke	
Schule in RLP		Bezirk Koblenz: Fortbildung der örtlichen Personalräte	38
Pinnwand	20	Bezirk Neustadt: Fortbildung der örtlichen Personalräte	39
VRB-Pressemitteilung: Versprechen einlösen!	21	Besuch der Max-Slevogt-Galerie in Edenkoben: Berliner Impres- sionisten	40
VRB sieht zusätzliche 250 Planstellen als Erfolg	22	Werke des Berliner Impressionismus begeistern	40
Schülerfirmen: Marktwirtschaft praktizieren	22	VRB-Kooperation mit den Reiss-Engelhorn-Museen: Museum als außerschulischer Lernort	40
Gesundheitsbericht über die Lehrkräfte und Pädagogischen Fachkräfte in Rheinland-Pfalz	23	Bezirk Trier: Im Gespräch mit HWK und IHK	41
Inklusion: Kommentar zur Schulgesetzänderung	24	Kurz notiert: Termine, Service und Internes	
VRB-Pressemitteilung: Kleinere Berufsreifeklassen	25	Geburtstagswünsche	42
VRB-Pressemitteilung: Zusätzliche Lehrerstellen für Eingliederung von Migrantenkindern gefordert	25	Spricht weiter Klartext: Wilfried Rausch	44
Landeselterntag 2014: Berufsorientierung als Schwerpunktthema	26	Prägte VRB: Margit Lenarz	45
Vielseitig interessiert: Malte Blümke	26	KlarText!	
		Herausforderung Migration	46



► VORSICHT FALLE!

„Akademisierungswahn“



Fotos: www.fotolia.de

Immer mehr mehr Abituri- Inzwischen sind „Bildungsrepublik Benchmarks der EU vor und so begrüßen es Bildungsgewerkschaftler und Vertreter der Industrie. Also, dann ist doch alles gut?! Nein, das ist es nicht! Der Verband Reale Bildung gehört zu denen, die vor einer einseitigen Fokussierung auf Abitur und Hochschulstudium warnen. Es mehren sich die Indizien und Belege dafür, dass der akademische Weg für viele junge Menschen, aber auch für unsere Gesellschaft als Ganzes zur Falle wird.

Schüler streben das Abitur an, und immer enten entscheiden sich für ein Hochschulstudium. das rund 50 Prozent eines Jahrgangs. Die Akademisierung der Deutschland“ schreitet voran. So will es die OECD, so geben es die und so begrüßen es Bildungsgewerkschaftler und Vertreter der Industrie. Also, dann ist doch alles gut?! Nein, das ist es nicht! Der Verband Reale Bildung gehört zu denen, die vor einer einseitigen Fokussierung auf Abitur und Hochschulstudium warnen. Es mehren sich die Indizien und Belege dafür, dass der akademische Weg für viele junge Menschen, aber auch für unsere Gesellschaft als Ganzes zur Falle wird.

Beginnt der „Mensch“ erst bei Abitur und Studium?

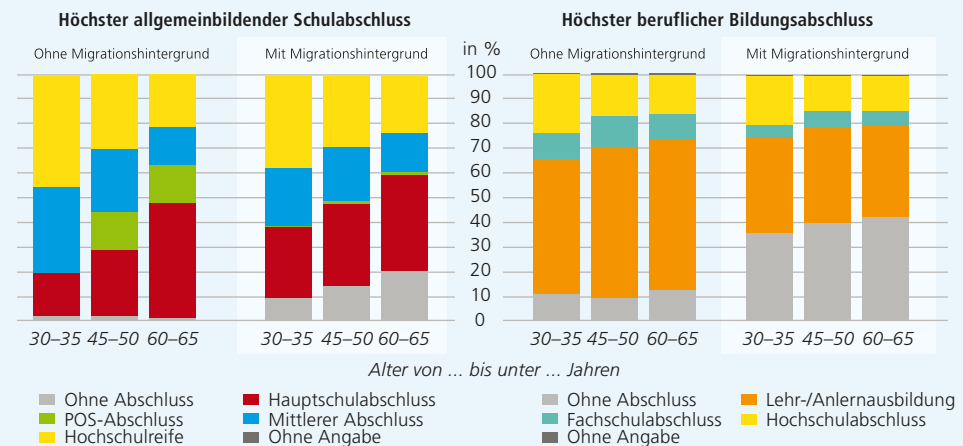
„Sagen Sie mal, haben Sie überhaupt das Abitur?“, diese Frage von Franz Josef Strauß wird unabhängig vom historischen Kontext gerne zitiert, wenn ein Beleg für „kleinbürgerlichen Bildungsdünkel“ benötigt wird. Das hätten wir ja dann bald hinter uns – zumindest könnte man das aus der Überschrift eines Beitrags in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) zur Bildungssituation in Deutschland ableiten: „Abitur für fast alle“.

Unsere eidgenössischen Nachbarn stehen dieser Entwicklung allerdings kritisch gegenüber, sie betrachten uns aus sicherer Distanz als ein Land im „Akademisierungswahn“ – so lautet nämlich der zweite Teil

der Überschrift (ROTH, NZZ vom 3.11.2014). Immer mehr Eltern wollen hierzulande, dass ihr Kind erst den Abschluss „Abitur“ und dann den Abschluss „Hochschulstudium“ vorweisen kann. Dementsprechend steigen die Zahlen der Anmeldungen an den Gymnasien bzw. an Schulformen, die den Abschluss „Abitur“ vergeben, und die Zahlen der Einschreibungen an einer Universität. Die Zahl höherer Bildungsabschlüsse nimmt zu (vgl. Abbildung 1 auf Seite 6).

OECD, EU, viele Politiker und Meinungsmacher begrüßen diese Entwicklung, sie kann ihnen gar nicht schnell genug gehen. So verkündet der ZEIT-Journalist Martin Spiewak euphorisch: „Das Gymnasium ist inzwischen zur Hauptschule der Nation gewor-

Bildungsabschlüsse der Bevölkerung 2012 nach Altersgruppen und Migrationshintergrund (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012

den“. Und: „Auch Altenpfleger und Erzieher in der Kita sollten studiert haben, nicht alle, aber mehr als bisher. Die Warnung vor einem „Akademisierungswahn“ ist verfehlt“ (SPIEWAK, DIE ZEIT, 9.9.2014).



Abitur für alle?

Ein „MISSION ACCOMPLISHED“, mag man heraus hören; denn endlich scheint das gegliederte Schulsystem überwunden, endlich scheint das „Gymnasium für alle“ greifbar und endlich können immer mehr Deutsche von sich behaupten, ein studierter „Irgendetwas“ zu sein. Ist also Genugtuung angebracht? Ist nicht alles gut, wenn nun fast alle Abitur und Studium „erhalten“? Nein, eben nicht!

Akademisierung ist mit Qualitätsverlusten teuer erkauft

Der VRB widmete dem Thema „Akademisierung“ bereits einen Titel und warnte: „Nicht alle Schülerinnen und Schüler bringen die gleichen Begabungen, Voraussetzungen, Interessen, Fähigkeiten und Fertigkeiten mit. (...) Niemand sollte sich anmaßen, die Unterschiede, die in der Individualität des Kindes begründet sind, durch Bildung und Erziehung auf ein gleiches Maß nivellieren zu wollen. Davon profitiert kein Kind. Jedem Kind soll unabhängig von seiner individuellen, familiären und sozialen Ausgangssituation ein passender Bildungsweg eröffnet werden. Aber das muss nicht für alle derselbe sein“ (RBiRP

02/2013, S. 9). In Deutschland wird zwar, wenn es opportun erscheint, gerne auf die Individualität des Kindes verwiesen, unterschiedliche Wege, die dieser Individualität Rechnung tragen, werden jedoch abgewertet. Diese Politik hat unser Land nachhaltig vom Kurs abgebracht, wie die NZZ konstatiert: „Ohne Abitur kommt man in Deutschland nicht mehr weit (...). Immer mehr Berufe, von der Hebamme bis zum Steuerberater, setzen ein Studium voraus. Eine hohe Abiturientenquote gilt als Ausweis einer erfolgreichen Gesellschaft (...).“

Die Folge dieser einseitigen Fokussierung auf Abitur und Studium bringt die NZZ-Journalistin Jenny Roth wie folgt auf den Punkt: „Diese Haltung setzt auch die Schulen unter Druck: Gute Noten sind gefragt (...). Die Leistungsanforderungen sinken überall“ (NZZ, 3.11.2014). Doch inzwischen formiert sich in Deutschland der Widerstand aus Bildung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gegen diese Haltung und wird allmählich heftiger.

Das Abitur verliert an Aussagekraft über Studier- und Ausbildungsfähigkeit

Immer mehr Universitäten sehen sich gezwungen, den Studienanfängern Nachhilfe in elementaren Grundlagen anzubieten. Es ist nicht mehr selbstverständlich, dass eine Mehrheit von Abiturienten über elementare Studienvoraussetzungen in Deutsch, Englisch und Mathematik verfügt. Damit scheitern mehr und mehr Schulen an ihrer ureigenen Aufgabe, Abiturienten zur „Hochschulreife“ hinzuführen. Der ehemalige Gymnasiallehrerausbilder Klaus Ruß kommt zu dem Schluss: „Das Gymnasium als Ort zielstrebigem Lehrens und Lernens mit dem Ziel einer breiten, fundierten Bildung im Dienst eines – stets

aufs Neue zu klären – humanistischen Ideals existiert nicht. Das Gymnasium soll vielmehr pflegeleicht und stressfrei sein; das Lernen soll „Spaß“ machen und keine Hindernisse bereithalten, deren Überwindung Mühe und Schweiß kostet“ (RUSS, FAZ, 6.11.2014). Für ihn stellt sich die Qualitätsfrage des gymnasialen Abschlusses mit zunehmender Schärfe. Eines wird deutlich: Zwar bekommen immer mehr Jugendliche eine „Hochschulreife“ attestiert, es sind aber immer weniger „reif“ für ein Hochschulstudium. Die politisch Verantwortlichen für diese Entwicklung drücken sich vor ihrer Verantwortung, indem sie den Schulen vorhalten, sie müssten eben der zunehmenden Heterogenität mit „einer Pädagogik der Vielfalt“ und „individueller Förderung“ begegnen. Jenny Roth von der NZZ kommentiert das so: „Auch einschlägige Schulgesetze leisten dem Trend Vorschub: Demnach hat jeder Schüler das Recht auf individuelle Förderung. Versagt er, muss der Lehrer sich für das schlechte Abschneiden rechtfertigen – und vergibt doch lieber eine bessere Note“ (ROTH, NZZ, 3.11.2014).

Der Weg zum Abitur soll pflegeleicht und stressfrei sein; Lernen soll Spaß machen

Studierende fremdeln mit dem Studium

Im Ergebnis streben junge Menschen an die Universitäten, die zwar immer bessere Abiturnoten mitbringen, aber immer weniger in der Lage sind, erfolgreich zu studieren. Die 12. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen wird durchgeführt, um Aufschlüsse über die „Studiensituation und studentische Orientierungen“ zu ermöglichen. Und das leistet sie auch, wenn man bereit ist, die Ergebnisse richtig einzuordnen: „41 Prozent der Universitätsstudenten und 20 Prozent der Fachhochschulstudenten wünschen sich einen stärkeren Praxisbezug. (...) Alarmierend ist, dass sich Studenten kaum noch Forschungsbezüge oder die Beteiligung an Forschungsprojekten wünschen. Im Vordergrund scheint für die meisten die Fixierung auf die berufliche Praxis zu stehen“ (SCHMOLL, FAZ, 29.10.2014).

Forderung nach mehr Praxisbezug? Kaum Beteiligung an Forschungsprojekten? Fixierung auf berufliche Praxis? Sind das nicht Belege dafür, dass ein Teil der Studierenden sich eigentlich eine duale Ausbildung wünscht? Warum überhaupt studieren? Die Antwort kommt von der OECD, die den Gehaltvorsprung von Akademikern stets wachsen sieht. „Gerade in Deutschland, wie die neusten OECD-Zahlen zeigen: Im Jahr 2000 verdienten Beschäftigte mit einem Hochschulabschluss 45 Prozent mehr als solche ohne Studium. 2012 waren es schon 74 Prozent“ (SPIEWAK, DIE ZEIT, 9.9.2014). Der Öffentlichkeit wird also vermittelt, dass der akademische Weg über

Abitur und Studium sich im Unterschied zur Berufsausbildung besser auszahlt. Das stimmt so aber nicht, dazu später mehr.

Halten wir zunächst fest: Abitur und Studium scheinen sich finanziell auszuzahlen, allerdings wird im Studium fehlende Praxisorientierung beklagt. Praxisbezug ist ein Kennzeichen der dualen Ausbildung.

Unis „fremdeln“ mit (deutschen) Studenten und der ihnen neu zugedachten Aufgabe

Die Befürworter der Akademisierung bestreiten nicht (mehr) die Vorteile dualer Ausbildung. Sie wollen beides, denn die „Zukunft gehört so genannten „hybriden“ Ausbildungsformen. Sie werden die Stärken der betrieblichen Lehre mit der akademischen Hochschulbildung verbinden“ (SPIEWAK, DIE ZEIT, 9.9.2014). Der ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin kommentiert ein solches Ansinnen mit den Worten:

„Das Bestreben, einen möglichst großen Anteil der Berufsbildung an die Hochschulen zu verlagern, zeugt von mangelndem Respekt gegenüber der Qualität der beruflichen Bildung. (...) Die Akademisierung der beruflichen Bildung ist in der Regel mit einem Qualitätsverlust und nicht mit einem Qualitätsgewinn verbunden“ (NIDA-RÜMELIN, 2014, S. 16). Und es gibt universitären Widerstand. Erste Absatzbewegungen werden sichtbar. So hat die Technische Universität München beispielsweise entschieden, die Unterrichtssprache bis zum Jahr 2020 in allen Masterstudiengängen auf Englisch umzustellen. Sind das die neuen Dämme, welche die befürchtete Studierendenflut abwehren sollen? Die Einschätzung eines Professors für gymnasiales Englisch mag das untermauern: „Die Studenten reden und schreiben durchweg in einem extrem restringierten Code, stüt-



Wichtiger Bestandteil der dualen Ausbildung: der Praxisbezug.

Foto: www.fotolia.de



Mit Bildung lässt sich Geld verdienen – daran arbeiten Bildungsunternehmen sehr zielstrebig. Foto: www.fotolia.de

zen sich auf einen Minimalwortschatz und verstehen flüssig gesprochenes Englisch nicht. Wissenschaft lässt sich auf dieser Basis nicht betreiben“ (FAZ, 6.11.2014). Werden wir zukünftig „Ausbildungsuniversitäten“ mit schlecht bezahlten Lehrbeauftragten haben, die „Massen abfertigen“ müssen, während die „Wissenschaftselite“ an „Elite-Universitäten“ die Forschung übernimmt?

Akademisches Studium und berufliche Ausbildung nebeneinander stellen?

Wenn

- „die Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen (...) in Staaten mit dualen Ausbildungssystemen (wie in Deutschland) deutlich besser als in anderen Staaten“ gelingt (BILDUNGSBERICHT 2014, S. 8),
- Bildungsforscher wie Rainer Bölling zu dem Ergebnis kommen: „Je höher die Abiturquote, desto höher die Arbeitslosigkeit“ (NZZ, 3.11.2014),
- Soziologen wie Richard Münch nüchtern festhalten: „In Deutschland gab es lange Zeit einen Spielraum für Aufwärtsmobilität aus der beruflichen Praxis heraus, was dazu beigetragen hat, dass auch Vorstände Praxiserfahrung hatten und nicht die Bodenhaftung verloren (MÜNCH, 2009, S. 67f.),

warum stärkt man dann nicht einfach die erfolgreiche duale Ausbildung, statt der Öffentlichkeit weiszumachen, dass nur Abitur und Studium zum wirtschaftlichen Aufstieg führen? Das stimmt ohnehin nicht! Und das steht so auch nicht in den jüngsten OECD-Veröffentlichungen. Die OECD differenziert vielmehr zwischen Abschlüssen im Sekundarbereich I, im Sekundarbereich II und im

Tertiärbereich. Im Sekundarbereich II wird der berufsbildende Abschluss neben den allgemeinbildenden Abschluss gestellt. Beim Tertiären Abschluss stehen berufsorientierte Bildungsgänge (Meisterkurs) mit universitären Bildungsgängen (Hochschulstudium) auf einer Ebene.

Wer verdient besser?

Die akademischen Uni-Absolventen verdienen wie die Absolventen des beruflichen Meisterkurses 74 Prozent mehr als Erwerbstätige, die sich nicht oder noch nicht beruflich oder akademisch weitergebildet haben. Dazu äußert sich die OECD ein wenig „verdrückt“: „Auf Grund der fest etablierten und weithin anerkannten beruflichen Bildungsgänge des Sekundarbereichs II (duals System) und der damit einhergehenden niedrigen Erwerbslosenquoten sind die Anreize für den Erwerb eines Tertiärabschlusses in Deutschland möglicherweise schwächer als in anderen Ländern“ (OECD, 2014, S. 6). Die Deutschen sind offensichtlich mit ihrer Situation zufrieden. Wie sieht diese aber im europäischen Vergleich aus? Lohnt sich die Ausweitung der Akademisierung auf immer mehr Berufsgruppen, wie das in vielen OECD-Staaten der Fall ist? Was verdient also z. B. eine studierte Erzieherin aus anderen OECD-Staaten im Vergleich zu einer beruflich ausgebildeten Erzieherin in Deutschland? Werden außerdem beim Studium die gleichen praxisrelevanten Inhalte vermittelt wie bei der Ausbildung? Das erfahren wir nicht. Wir erfahren letztlich nur, dass eine beruflich ausgebildete Erzieherin im Vergleich zu einem studierten Elektro-Ingenieur oder Handwerksmeister weniger verdient. Aha!

Wer profitiert von dieser Politik?

Internationale Konzerne wie z. B. Bertelsmann versprechen sich gute Verdienstmöglichkeiten am Aus-, Weiter- und Fortbildungsgeschäft. So treibt Bertelsmann „seine Pläne voran, sich im Bildungsgeschäft besser aufzustellen: Der Konzern kaufte den US-amerikanischen Kursanbieter Relias Learning. Ziel sind eine Milliarde Euro innerhalb der nächsten fünf Jahre“ (Handelsblatt, 21.10.2014). Das ist bemerkenswert, weil die Bertelsmann-Stiftung über ihr Beratungsgeschäft ganz wesentlich Einfluss auf die deutsche Bildungspolitik nimmt. Die Stiftung berät, der Konzern verdient, das ist das leicht zu verstehende Geschäftsmodell. Dieses funktioniert aber nur, wenn sich die Auffassung durchsetzt,

Die Perspektiven der Kinder werden verknapp

dass Wissen und Bildung Humankapital darstellen, in das jedes Individuum selbst investieren muss. Die duale Bildung steht für einen ganz anderen Weg. Bertelsmann und Co. hoffen auf Profit, wenn „Wissen dominant als eine ökonomische Ressource verstanden wird. Dementsprechend wird es wie ein Individuum

algut auf einem Markt gehandelt, es wird in Wissen und Wissensvermehrung investiert und es werden mit Wissen Renditen erzielt. (...) Als Unternehmer seiner selbst wird das Individuum auf einem solchen Markt diejenigen Anreize finden, die es zur Investition in Bildung und Wissensvermehrung zum eigenen Vorteil und zum Nutzen der Gesellschaft veranlasst“ (MÜNCH, 2009, S. 23). Und daran arbeiten die Bildungsunternehmer sehr zielstrebig.

Fazit

Wir haben uns in Deutschland ohne Not auf einen gefährlichen Weg führen lassen. Die politisch Verantwortlichen sind in eine Beratungsabhängigkeit und in deren Folge zum Teil in eine bildungspolitische Handlungssteuerung geraten, der sie sich bewusst wieder entziehen müssen. Ökonomisch und ideologisch motivierte Partikularinteressen haben zu viel Einfluss auf

die Bildung gewonnen. Allzu viele in Politik und Gesellschaft haben sich von den Sirenengesängen auf einen Kurs locken lassen, der Deutschland als Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftsstandort zunehmend gefährdet. Es sind unsere Kinder, die den Preis für diese Fahrlässigkeit bezahlen werden, denn wir verringern ihre Perspektiven und enthalten ihnen damit Lebenschancen vor. Für Rheinland-Pfalz gilt: Die Landesregierung darf nicht nur mit Worten und auf rein symbolischen Ebene die Gleichberechtigung von beruflicher und akademischer Bildung beschwören. Der Verband Reale Bildung fordert, die Gleichwertigkeit realer bzw. beruflicher Bildung und akademischer Bildung durch Wort und Tat sichtbar herauszustellen.



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

VRB-Forderungen zur Stärkung der realen und beruflichen Bildung

- Wir benötigen eine Schärfung der Schulprofile, d. h. es muss klar sein, was das akademische Gymnasium leisten soll und was Realschule plus und Gesamtschule leisten sollen.
- Die Berufsorientierung ist ein Qualitätsmerkmal der Realschule plus und zunehmend auch der Integrierten Gesamtschule. Die Stellung des Berufswahlkoordinators muss daher eine Aufwertung erfahren.
- Die Ausbildung für das Lehramt Realschule plus darf nicht zurückgefahren werden. Hier bündelt sich die Expertise der früheren Hauptschul- und Realschulbildung.
- Die Vermittlung beruflicher Bildung ist nicht weniger anspruchsvoll als die Vermittlung akademischer Bildung. Beide Wege führen zu Bildungsabschlüssen im Tertiärbereich mit hohen Verdienstmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach einer vergleichbaren Unterrichtsverpflichtung sowie nach einer vergleichbaren und angemessenen Entlohnung der Haupt- und Realschullehrkräfte.
- Nicht alle aktuellen Herausforderungen (zum Beispiel Inklusion und Migration) dürfen einseitig und ohne adäquate Ressourcenzuweisung auf die mit beruflicher Bildung befassten Realschulen plus und Gesamtschulen abgewälzt werden.



Literatur

BILDUNGSBERICHT 2014: Wichtige Ergebnisse im Überblick.

HANDELSBLATT: Bertelsmann erweitert Bildungsgeschäft mit USA-Zukauf, 21.10.2014.

MÜNCH, Richard (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA, McKinsey & Co.; Suhrkamp-Verlag.

NIDA-RÜMELIN (2014): Der Akademisierungswahn. Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung; edition Körber-Stiftung.

OECD, Bildung auf einen Blick 2014.

RBiRP: Reif für die Berufswelt, RBiRP 02/2013.

ROTH, Jenny: Abitur für fast alle. Deutschland im Akademisierungswahn, in NZZ, 3.11.2014.

RUSS, Klaus: Das Gymnasium – Ruine einer Utopie? FAZ, 6.11.2014.

SCHMOLL, Heike: Generation Privatleben – Warum Studenten kaum Interesse an Politik haben, FAZ, 29.10.2014.

SPIEWAK, Martin: Deutschland, du bist Musterschüler, DIE ZEIT, 9.9.2014.



► BOYS' DAY: Männerpower gefragt!

Zum internationalen Tag der Pflege startete ein neues Internetangebot für Jungen. Die Internetseite www.zukunftsberuf-pfleger.de stellt interessierten Jugendlichen verschiedene Berufe im Tätigkeitsfeld der Pflege vor, wie Gesundheits-, Kranken- oder Altenpfleger. Ins Leben gerufen wurde das Projekt u.a. von den Initiatorinnen und Initiatoren des Boys' Day.

Videoclips informieren ausführlich über den Alltag eines Pflegers, auch Erfahrungsberichte männlicher Pfleger und Informationen zu Weiterbildungsmöglichkeiten stehen zur Verfügung. Bei einem Quiz können sich die Jungen selbst auf die Probe stellen: Bin ich für den Beruf geeignet?

Johanna Knüppel, Referentin des Deutschen Berufsverbandes für Pflegeberufe betonte die Notwendigkeit solcher Projekte: „Beruflich Pflegende tragen große Verantwortung; ihre wich-



tige Rolle verdient gute Arbeitsbedingungen, Respekt und Wertschätzung.“ Befragungen von Boys' Day Teilnehmern ergaben, dass sich jeder Dritte unter ihnen eine berufliche Laufbahn im Bereich der Medizin und Pflege vorstellen kann.

Die demografische Entwicklung in Deutschland lässt die Nachfrage nach qualifizierten Pflegekräften wachsen. So meldet das Informationsportal www.altenpflegeausbildung.net auf 100 offen gemeldete Stellen nur 37 als arbeitssuchend gemeldete Altenpflegefachkräfte.

Info: Der nächste Boys' Day findet am 23. April 2015 statt, hier können sich Schüler ab der 5. Klasse über eine mögliche Zukunft in eher geschlechtsuntypischen Berufen informieren, also in den Bereichen Erziehung, Soziales und Gesundheit.

wü/Quelle: www.boys-day.de/Footer/
Presse/Pressemitteilungen

► FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG: Abi-Noten werden immer besser – die Abiturienten aber nicht

Das beklagt die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) in ihrer Ausgabe vom 15. Juni 2014. Der Anteil der Abiturienten, die mit einem Notenschnitt von 1,0 abschneiden, ist laut FAS zwischen 2006 und 2012 um vierzig Prozent gestiegen. Allgemein erhalten die Abiturienten im Schnitt bundesweit außer in den Ländern Baden Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt immer bessere Abiturnoten.

Die FAS kritisiert mit Berufung auf eine unveröffentlichte Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), dass demgegenüber die Bildung der Abiturienten aber gesunken sei. Verantwortlich wird hierfür nicht etwa eine geringere Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler gemacht, die Bundesländer hätten aus anderen Motiven (vor allem jene mit eingeführtem Zentralabitur) sowohl die Abituraufgaben einfacher gestaltet als auch die Bewertungsansprüche gesenkt. „Bildungsforscher bemängeln“,

~~zu~~
Abi: sehr gut!

so die FAS, „dass das Abitur immer leichter werde und damit eine schlechende Entwertung der Abiturzeugnisse einhergehe.“ Im Hintergrund steht das Bemühen der Bundesländer, neuen gesellschaftlichen Gruppen einen Zugang zur Hochschulbildung zu eröffnen. „Während in Deutschland 40 Prozent Abitur machen, sind es in anderen hochentwickelten Ländern gut 60 Prozent, in Frankreich sogar 80 Prozent. Da liegt der Gedanke nahe“, zitiert die Zeitung den Autor Rainer Bölling („Kleine Geschichte des Abiturs), „die Anforderungen an das Abitur zu senken, um auch hierzulande die Abiturientenquote in die Höhe zu treiben und deutsche Schüler notenmäßig wettbewerbsfähig zu machen.“

Eich/Quelle: „Und plötzlich ist der Olli schlau“ und „Super Abi, aber nichts dahinter“, FAS vom 15.6.2014.

► KARRIERECHANCE:

Berufsbegleitend studieren – auch ohne Abitur

Berufsbegleitende Studienangebote finden immer mehr Zuspruch. Interessierte können aus einem stetig wachsenden Angebot wählen, das neben Fernstudiengängen unter anderem Abend-, Teilzeit- oder praxisintegrierende duale Studiengänge umfasst. Dank digitaler Medien stehen auch überregionale oder internationale Studienangebote zur Auswahl. „Ein berufsbegleitendes Studium kommt allen zugute: dem Individuum, aber auch der Wirtschaft und der Gesellschaft“, so der Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) Friedrich Hubert Esser. Der Abschluss eröffne vielfältige Karrierechancen.

Zunehmend nutzen auch beruflich Qualifizierte ohne Abitur die Möglichkeiten, die sich ihnen durch erweiterte Zugangsregelungen und die damit einhergehende Öffnung der Hochschulen für neue Studierendengruppen bieten. Wissenschaft-



liche Untersuchungen belegen ihre ausgeprägte Studienmotivation und Leistungsbereitschaft sowie die hohe Qualität ihrer beruflichen Ausbildung und Expertise.

Verschiedene Neuregelungen in den Bundesländern führen zur Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen realer und akademischer Bildung. Ein Beispiel dafür ist die Fachoberschule an den Realschulen plus in Rheinland-Pfalz, deren Absolventen z. B. unmittelbar in ein duales Studium einsteigen können.

Über Studienmöglichkeiten informiert eine Broschüre des BIBB. Die Publikation kann unter www.bibb.de/beruflich-qualifiziert-studieren kostenlos als Pdf-Datei heruntergeladen oder als Printversion unter der E-Mail-Adresse vertrieb@bibb.de bestellt werden.

Hr/Quelle: Pressemitteilung des BIBB vom 23.7.2014

► KULTUSMINISTERKONFERENZ:

Bund und Länder starten Qualitätsoffensive Lehrerbildung

Der Bund stellt im Rahmen dieses Bund-Länder-Programms den Hochschulen zusätzliche 500 Millionen Euro zu Verfügung, damit diese die Lehramtsausbildung reformieren und deren Qualität nachhaltig verbessern.

„Wir wollen die Besten eines Jahrgangs für ein Lehramtsstudium gewinnen (...). Nur wenn es uns gelingt, die Strukturen der Lehrerbildung an den Hochschulen zu optimieren, die pädagogische Praxis stärker als bisher einzubeziehen und Fachwissenschaften, Fachdidaktiken und Bildungswissenschaften besser miteinander kooperieren zu lassen, werden wir auch gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen haben“, begründet Bundesbildungsministerin Johanna Wanka die gemeinsame Initiative mit den Ländern.

Sylvia Löhrmann, die turnusgemäße Präsidentin der Kultusministerkonferenz, erklärte zum Start der Qualitätsoffensive Lehrerbildung, dass „angehende Lehrerinnen und Lehrer zukünftig gezielt auf die Anforderungen der Heterogenität und Inklusion vorbereitet werden. Dazu hat die Kultusministerkonferenz im Juni die Grundlage für die weitere Professionalisierung im Bereich der Inklusion gelegt und verbindliche Module für die Lehrerausbildung verankert. Angehende Lehrerinnen und Lehrer müssen über Kompetenzen in den Bereichen Diagnose und inklusive Didaktik verfügen, um Lehr- und Lernprozesse individuell gestalten zu können.“

Zur Erinnerung: Bereits seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 erhöhen nahezu alle Bundesländer den



Bundesbildungsministerin Johanna Wanka



Präsidentin der Kultusministerkonferenz Sylvia Löhrmann

Anteil des inklusiv erteilten Unterrichts an Regelschulen per Gesetz beständig.

Eich/Quellen: Pressemitteilungen BMBF und KMK vom 24.7.2014

► 23. BUNDESREALSCHULTAG IN FULDA

Leitmotiv: „Gute Bildung – reale Chancen“



121 Delegierte aus insgesamt 13 Bundesländern stellen beim Bundesrealschultag die verbandspolitischen Weichen und beschließen die inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte der kommenden vier Jahre.

Bei den Vorstandswahlen wurde Bundesvorsitzender Jürgen Böhm für eine weitere Legislaturperiode von den Delegierten mit überwältigender Mehrheit wiedergewählt. Auch der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernd Karst und die weiteren Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands (v.l.n.r. Anton Huber, Petra Müller, Ulrich Brambach, Grete Rhenius, Karlheinz Kaden, Bernd Karst, Jürgen Böhm) wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Aus Rheinland-Pfalz beteiligten sich zwölf Delegierte an den Beratungen über die Arbeit des VDR in der neuen Wahlperiode 2014/2018. „Berufliche Ausbildungsfähigkeit“ und „Inklusion“ waren zentrale Beratungsthemen. Dazu wurde von den Delegierten des Bundesrealschultags ein Positionspapier verabschiedet:

Inklusion darf niemanden benachteiligen

Den Landesverbänden im VDR Bund ist es ein wichtiges Anliegen, dass behinderten und nicht behinderten Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet wird. Im Bildungsbereich wird seit Jahren ein inklusiver Unterricht vorangetrieben. Gleichberechtigte Teilhabe ist aber nur möglich, wenn die Wege der schulischen Inklusion vom Wohl aller Kinder ausgehen sowie realistisch und frei von ideologisch motivierter Instrumentalisierung sind.

Das differenzierte Förderschulwesen in Deutschland mit seinem hochprofessionellen Lehrpersonal hat sich bewährt. Anstatt es zur Disposition zu stellen,

sollte man für dessen Weiterentwicklung und Finanzierung Sorge tragen, um es für die Umsetzung der Inklusion in der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in der Arbeitswelt zu nutzen.

Inklusion darf nicht als Einsparmodell missbraucht werden und ist nur dann zu befürworten, wenn die jeweilige Lerngruppe insgesamt von der Inklusion profitiert!

Das Ziel jeder pädagogischen Maßnahme für Kinder mit Beeinträchtigung ist eindeutig und unumstritten: Es geht um die berufliche und soziale Eingliederung dieser jungen Menschen. Daran muss sich jede Bildungsmaßnahme messen lassen.

Prozess begleiten – Fehlentwicklungen vermeiden

Wichtige Rahmenbedingungen und Maßnahmen müssen erfüllt werden, um den Prozess der Inklusion umsetzen und begleiten zu können sowie Fehlentwicklungen zu verhindern:

1. Jedes Kind soll und muss nach seinen individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen gefördert und gefordert werden. Jede Form der Behinderung und/oder Benachteiligung muss individuell und differenziert betrachtet werden. Das Kindeswohl in seiner je eigenen Ausprägung ist entscheidend.
2. Eine differenzierte Diagnostik der individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen unter Einschluss der Kind-Umfeld-Analyse ist für die individuelle Förderung – unabhängig vom Förderort – unabdingbar.
3. Inklusion ist nur mit entsprechenden personellen Ressourcen möglich. Inklusion im Regelschulsystem benötigt: ausreichende Lehrerstunden (mindestens Doppelbesetzungen), Einsatz von

Förderschullehrkräften, Team- und Beratungsstunden, Entlastungsstunden für Klassenlehrkräfte, eine pädagogisch vertretbare Lehrer/Schüler-Relation und zusätzliche spezialisierte Kräfte.

4. Inklusion erfordert zusätzlich zu den Ressourcen mehr Freiräume für eigenverantwortliches Handeln in Fragen der Schulorganisation, des Personaleinsatzes und der Profilbildung der jeweiligen Schule.
5. Eine differenzierte Lehrerausbildung ist weiterhin zwingend erforderlich. Die Vorstellung, alle Lehrkräfte könnten zu Spezialisten der Inklusion ausgebildet werden, ist realitätsfremd.
6. Unterstützungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte müssen den Prozess der Inklusion permanent begleiten.
7. Die technische, bauliche und sächliche Ausstattung der Schulen muss auf die Bedürfnisse der jeweiligen inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler, der Lehrkräfte, Fachkräfte und der jeweiligen Förder-, Unterstützungs- und Versorgungsmaßnahmen angepasst werden.

Der Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt, sagte in seinem Grußwort: „Mit dem VDR steht ... sein Dachverband dbb auch für eine stabile und bewährte Schulstruktur ein. Der Staat sei in der Pflicht, Schülerinnen und Schülern in den Schulen „auf ein erfolgreiches berufliches Leben – auch ohne Promotion und Habilitation für alle – vorzubereiten.“ Mit Blick auf die Bildungspolitik und ihren Strukturveränderungen unseres Schulsystems forderte er, innezuhalten und nach der Zukunftsfähigkeit und der vermittelten Qualität zu fragen. „Diese haben sich am Bedarf der Gesellschaft zu orientieren und sollten nicht dem Zeitgeist der letzten Jahrzehnte gehorchen, dass erst mit dem Abitur der Mensch begänne, aufrecht zu gehen.“ Eine erfolgversprechende Schulpolitik, so der dbb-Chef weiter, erfordere neben den Bildungschancen für die Schülerinnen und Schüler auch gute Arbeitsbedingungen für die Lehrerinnen und Lehrer: „Dazu gehört auch der Beamtenstatus für Lehrende.“

Zu viele Akademiker: Wirtschaft fühlt sich belastet

Der alte und neue Bundesvorsitzende Jürgen Böhm kritisierte die einseitige Hinwendung zahlreicher Bildungspolitiker zu akademisch ausgerichteten Bildungsgängen. Die Maxime, nach der der Mensch erst mit dem Abitur beginne, erlebe die Wirtschaft zunehmend als Belastung. Erstmals hätten im vergangenen Jahr mehr als die Hälfte der jungen Leute eines Jahrgangs ein Studium aufgenommen, entsprechend weniger eine berufliche Ausbildung begonnen. Unternehmer klagten über die sinkende Qualifikation von Auszubildenden, Universitäten vermissten bei ihren Anfangsemestern die für einen erfolgreichen Studienabschluss erforderliche Studierfähigkeit.

Er bekräftigte abschließend: Gute Bildung – reale Chancen! – dafür stehen wir in unserem Verband auch in Zukunft.



Beim Bundesrealschultag ergab sich die Gelegenheit zu einer zeitübergreifenden Aufnahme. Vier Bundesvorsitzende waren als Delegierte anwesend und trafen sich zum Austausch: Dr. Walter Trapp (1986-1998), Hans Thielen (1998-2002), Albert Obert (2002-2010) und Jürgen Böhm (seit 2010)

Fotos: Wünschel



„Keine Sackgasse“

Interview: Bernd Karst, Chef der Lehrergewerkschaft Reale Bildung, über die Realschule plus

Der Landesverband Deutscher Realschullehrer (VDR) hat sich umbenannt und heißt jetzt Verband Reale Bildung (VRB). Das ist vor allem eine Konsequenz aus der Schulreform. Landesvorsitzender Bernd Karst will seine unter dem Dach des Beamtenbundes organisierte Lehrergewerkschaft neuen Gruppen öffnen. Die Realschule plus sei eine Alternative zum „Akademisierungswahn“, sagt er im RHEINPFALZ-Interview.

Als Interessenvertreter der Realschullehrer waren Sie von der Zusammenlegung von Realschule und Hauptschule zur Realschule plus anfangs nicht sonderlich begeistert. Fünf Jahre sind seit der Schulreform vergangen. Hat Sie ihrem Verband geschadet oder genützt? Nehmen wir als Beispiel die Anzahl der Mitglieder.

Die Anzahl unserer Mitglieder ist gestiegen. Durch die Zusammenlegung der beiden Schularten und die Einführungen der Fachoberschule ist die Anzahl der Lehrkräfte größer geworden, deren Interessen wir vertreten wollen. Auch bei den Personalratswahlen haben wir zugelegt.

Wie viele zusätzliche Mitglieder haben sie in den vergangenen fünf Jahren unter dem Strich gewonnen?

Wir hatten etwa 2.000 Mitglieder, mehr als zehn Prozent sind dazugekommen. Jetzt streben wir die Marke von 2.500 an.

Welche zusätzlichen Gruppen von Lehrern haben Sie dabei im Auge?

Früher arbeiteten unsere Mitglieder fast ausschließlich in Realschulen oder in integrierten Gesamtschulen. Aus dieser Schulart kommen viele der neuen Mitglieder allein schon deshalb, weil die Anzahl der Gesamtschulen in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen ist. Und natürlich haben wir inzwischen auch frühere Hauptschullehrer in unseren Reihen.

Vor allem deshalb hat sich Ihr Verband seinen neuen Namen gegeben?

Der entscheidende Grund ist die zunehmende Bedeutung der realen Bildung in unserer Gesellschaft. Wir vertreten alle

Lehrergruppen, die reale Bildung vermitteln. Der Realschullehrerverband vertrat bislang erfolgreich eine einzelne Zielgruppe. Doch war der Name für die Gruppe der Hauptschullehrer eine gewisse Barriere, die nun nach der Namensänderung nicht mehr besteht. Ähnliches gilt für die Lehrkräfte in den Fachoberschulen, in denen man unter dem Dach der Realschule plus Fachabitur machen kann. Inzwischen haben wir auch Förderschullehrer als Mitglieder, die an so genannten Schwerpunktschulen unterrichten. Wir sind sehr froh über diese Entwicklung. Es war unser Ziel, uns zu öffnen.

Hat sich die Realschule plus eigentlich bewährt? Die Schülerzahlen sind rückläufig, allein schon, weil die Jahrgänge kleiner werden. Zudem ist der Run auf Abitur und Hochschulen ungebrochen.

Landesweit geht die Anzahl der Schüler an den Gymnasien ebenso stark zurück wie die Anzahl der Schüler in den Realschulen plus, nämlich um 1,2 Prozent im vergangenen Schuljahr. Einige kleinere Realschulen plus haben Probleme, genügend Schüler anzulocken, aber das kann man nicht auf alle Schulen übertragen. Andere haben Schüler dazugewonnen. Das hat auch damit zu tun, dass mit der Fachoberschule eine Aufstiegsmöglichkeit geboten wird. Und außerdem: Der Akademisierungswahn wird in der Gesellschaft inzwischen nicht mehr nur positiv gesehen. Ein Viertel der Kinder schafft es auf dem Gymnasium nicht. Die Realschule plus ist deshalb eine Alternative, die zu allen möglichen Abschlüssen führen kann. Sie ist alles andere als eine Sackgasse.

Sie fordern mehr Lehrer für die Realschulen plus. Ganz konkret: Wie viele fehlen?

Rechnet man den Unterrichtsausfall wegen fehlender Lehrkräfte und den Ausfall durch Krankheit oder Fortbildung zusammen, kommt man zu dem Ergebnis, dass acht von 100 Stunden nicht gehalten werden.

Was schließen Sie daraus? Wie viele Lehrer fehlen nach Ihrer Ansicht?

Wir rechnen so: 2,6 Prozent des vorgeschriebenen Unterrichts fällt aus, weil Lehrerstellen fehlen oder nicht besetzt sind. Wir fordern eine Lehrerversorgung von 105 Prozent, um in den Schulen unvorhergesehene Ausfälle ausgleichen zu können. Das bedeutet, wir brauchen acht Prozent mehr Lehrer als wir haben. Schon gar nicht kann man Stellen streichen, wie es geschieht.

Alle Beamten des Landes müssen sich fünf Jahre lang mit einem Einkommensplus von einem Prozent begnügen. Die Ministerpräsidentin hat allerdings jetzt in Aussicht gestellt, dass es 2015 darauf einen Zuschlag geben könnte. Wie viel fordert der Verband Reale Bildung?

Die Entwicklung der Beamtengehälter muss sich wieder an den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst orientieren. Das war in der Vergangenheit immer so. Die Deckelung auf ein Prozent ist verfassungsrechtlich kritisch.

*Quelle: Die Rheinpfalz – Nr. 142 vom 23.6.2014, Seite 9.
Das Interview führte Arno Becker*

Ministerwechsel in Dreyers Kabinett

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat die neuen Kabinettsmitglieder ernannt. In der Staatskanzlei überreichte sie Doris Ahnen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Vera Reiß und Prof. Dr. Gerhard Robbers die Ernennungsurkunden.

Neue Ministerin für Finanzen ist Doris Ahnen, ihr folgte Vera Reiß als Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur. Neuer Minister der Justiz und für Verbraucherschutz ist Dr. Gerhard Robbers, bislang Professor an der Universität Trier. Neue Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

wurde die bisherige Bundestagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Nach der Ernennung durch die Ministerpräsidentin im Beisein zahlreicher Angehöriger folgen die Bestätigung der Ministerinnen und des Ministers durch den Landtag und die Vereidigung durch Landtagspräsident Joachim Mertes.



Wird sich der Wechsel von Doris Ahnen (3. v. l.) in das Finanzministerium für die rheinland-pfälzische Bildung auszahlen? Wird Vera Reiß (2. v. l.) neue Bildungsschwerpunkte setzen?

Foto: Saemmer

VRB im Gespräch mit Staatssekretär Hans Beckmann

„Die innere Ausgestaltung der Realschule plus kann nur im Zusammenwirken aller bildungspolitisch Beteiligten funktionieren. Die noch sehr junge Schulart benötigt zudem eine positive Öffentlichkeitsarbeit“, unterstrich der VRB-Landesvorsitzender Bernd Karst die unmittelbaren Notwendigkeiten.

Des Weiteren tauschten sich die Gesprächspartner über das Thema Unterrichtsversorgung, die Arbeitsbedingungen und die Unterrichtssituation an den Realschulen plus und an Integrierten

Gesamtschulen, die Stellung und Wertigkeit der Fachoberschule, die Ausbildung der Lehrkräfte, die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund und die Inklusion aus.

In allen Punkten brachte der Verband seine Forderungen und Positionen deutlich zum Ausdruck. Die Realschule plus ist angewiesen auf die besondere Aufmerksamkeit und das sichtbare Agieren der Landesregierung“, betonte der VRB-Landesvorsitzende Bernd Karst.



Die Bestandssicherung und die Attraktivitätssteigerung der Realschulen plus war nur einer der Tagesordnungspunkte, die der VRB Rheinland-Pfalz, vertreten durch den Landesvorsitzenden Bernd Karst (r.), Wilfried Rausch (2. v. r.), Wolfgang Wünschel, Erwin Schneider (4. v. l.), Michael Eich (3. v. l.) und Timo Lichtenthäler (4. v. r.), gemeinsam mit Staatssekretär Hans Beckmann (3. v. r.), Eva Caron-Petry, Herbert Petri (2. v. l.) und Hartmut Fischer (l.) am 8. Juli 2014 im MBWWK Mainz erörterten.

Foto: Wünschel

Der VRB fordert unter anderem:

- Eine Perspektive für junge Lehrkräfte in Form von Planstellenangeboten.
- Die Senkung der Klassenmesszahl ab der Klassenstufe 7.
- Eine Unterrichtsversorgung, die auch den tatsächlichen Ausfall, beispielsweise durch Erkrankungen, kompensieren kann.
- Die Stärkung der Berufswahlorientierung und der Schwerpunktschulen durch Schaffung weiterer Funktionsstellen für diese Bereiche.
- Wirksame Instrumente und Entlastungsmöglichkeiten für die Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.
- Bessere Rahmenbedingungen für Inklusion, da deren Gelingen nicht ausschließlich vom guten Willen der Lehrkräfte abhängig ist.

Verband Reale Bildung – Wir lassen nicht locker!



Timo Lichtenthäler
timo.lichtenthaeler@
vrb-rlp.de

Effektive Berufsorientierung sichern

VRB im Gespräch mit den Handwerkskammern



„Für eine frühzeitige, individuelle und begabungsgerechte Berufsorientierung für alle Jugendlichen haben sich die rheinland-pfälzischen Handwerkskammern und der Verband Reale Bildung (VRB) ausgesprochen. Die dazu seit nunmehr fünf Jahren bestehende Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Wirtschaft müsse endlich konsequent umgesetzt werden. Insbesondere ist es erforderlich, den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern die beruflichen Chancen aufzuzeigen, die mit einer Ausbildung im dualen System verbunden sind.“

Das sind die einleitenden Worte der gemeinsamen Pressemitteilung der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern und des Verbandes Reale Bildung. Bei einem Gespräch in Mainz haben sich zwei Schwerpunkte der Zusammenarbeit herauskristallisiert, nämlich die Vertiefung der Zusammenarbeit der Kammern bzw. der Betriebe mit den Schulen und die frühzeitige Elterninformation über die vielfältigen Ausbildungswege, insbesondere über die Duale Berufsausbildung.

Rolle des Berufswahlkoordinators stärken

Die Schulen müssen mit Unterstützung der Betriebe ein Berufswahlkonzept ent-

wickeln bei dem der Berufswahlkoordinator die zentrale Rolle spielt. Er betreut alle Projekte und Maßnahmen und fungiert für die Lern- und Kooperationspartner als Ansprechpartner. Der hohe Stellenwert des Berufswahlkoordinators ist in der Praxis noch nicht allgemein realisiert, was auch von Seiten der Kammern bemängelt wird: Es sei immer wieder zu beobachten, dass Berufswahlkoordinatoren bestellt und dann alleingelassen würden. Deshalb betont der VRB, dass „es nicht genügt, eine Lehrkraft als ‚Berufswahlkoordinator‘ zu benennen, ohne ihr die entsprechenden Kompetenzen zu vermitteln. Das Amt erfordert eine konkrete Stellenbeschreibung und Freiräume zur Realisierung der umfangreichen Aufgaben. Für den Berufswahlunterricht ist es unerlässlich, ein spezielles Curriculum und Evaluationsinstrumente zu entwickeln“ (Bernd Karst, VRB-Landesvorsitzender).

Um ein schuleigenes berufsorientierendes Curriculum mit Angeboten und Maßnahmen zu füllen, bieten die rheinland-pfälzischen Handwerkskammern Unterstützungsangebote umfangreicher Art an, so beispielsweise Potenzialanalysen für Schülerinnen und Schüler, Praktika in den Ausbildungswerkstätten oder Betriebs erkundungen. „Wenn Interesse besteht, dann melden Sie sich bei Ihrer Hand-

werkskammer vor Ort und fragen Sie gezielt nach berufsorientierenden Maßnahmen und Kooperationsangeboten für Ihre Schülerinnen und Schüler“, versprechen Rita Petry (HWK Pfalz) und Dominik Ostendorf (HWK Rheinhessen).

Dass die HWK ein solches Engagement für die Schulen aufbringt, liegt auch im eigenen Interesse, denn das Handwerk ist zusehends vom Fachkräftemangel und freibleibenden Lehrstellen betroffen. „Die Duale Ausbildung hat bei der Schulreform nicht den versprochenen Stellenwert erhalten und es ist ein Wettbewerb entstanden, bei dem es darum geht, dass möglichst viele Schüler das Abitur erreichen, um dann ein Studium aufzunehmen.“, so Günther Behr von der HWK Trier. Zudem fehle es den Schülern oft am Willen für eine frühzeitige Berufsorientierung und seitens der Eltern hört man nicht selten den Satz „Bleib so lange in der Schule, wie es geht.“

Über Chancen und Möglichkeiten der Dualen Ausbildung informieren

Um Fehlentwicklungen zu vermeiden müssen Eltern frühzeitig sachlich und fachlich über die Duale Ausbildung und die Möglichkeiten des beruflichen Aufstiegs ihrer Kinder informiert werden. Um dabei nicht theoretisch zu bleiben, sollten Eltern zu berufsorientierten Maßnahmen in den Schulen eingeladen bzw. mit eingebunden werden. Auch die Kammern setzen auf praktische Erfahrungen und bieten u. a. Schüler-Eltern-Infotage an, an denen die Lehrwerkstätten geöffnet werden, um einen Einblick in die unterschiedlichsten Gewerke zu gewinnen und mit Auszubildenden und Auszubildenden ins Gespräch zu kommen. Die Eltern sind Dreh- und Angelpunkt und es muss eine individuelle Begeisterung erzeugt werden für zwei gleichwertige Alternativen: Duale Ausbildung oder Besuch einer weiterführenden Schule. Die Realschule plus stärken heißt auch Duale Ausbildung plus stärken!



V.l.n.r.: Bernd Karst (VRB), Dominik Ostendorf (HWK Rheinhessen), Christoph Krier (VRB), Rita Petry (HWK Pfalz), Günther Behr (HWK Trier), Wolfgang Häring und Michael Eich (VRB)

Fotos: Wünschel



► GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG VON VRB UND HWK VOM 23. JULI 2014

Effektive Berufsorientierung sichern

Für eine frühzeitige, individuelle und begabungsgerechte Berufsorientierung für alle Jugendlichen haben sich die rheinland-pfälzischen Handwerkskammern und der Verband Reale Bildung (VRB) ausgesprochen.

Die dazu seit nunmehr fünf Jahren bestehende Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung, der Bundesagentur für Arbeit sowie der Wirtschaft müsse endlich konsequent umgesetzt werden. Insbesondere ist es erforderlich, den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern die beruflichen Chancen aufzuzeigen, die mit einer Ausbildung im dualen System verbunden sind.

Bei ihrem Meinungsaustausch in Mainz betonten HWK und VRB, dass es nicht genüge, eine Lehrkraft als „Berufswahlkoordinator“ zu benennen, ohne ihr die entsprechenden Kompetenzen zu vermitteln. Das Amt erfordere eine konkrete Stellenbeschreibung und Freiräume zur Realisierung der umfangreichen Aufga-

ben. Für den Berufswahlunterricht ist es unerlässlich, ein spezielles Curriculum und Evaluationsinstrumente zu entwickeln. Die vage Hoffnung, das Thema Berufsorientierung werde „automatisch“ in allen Fächern berücksichtigt, erfülle sich nicht.

„Nur die Realschule plus kann auf Dauer sicher stellen, dass die weltweit anerkannte Duale Ausbildung erhalten bleibt und damit die Versorgung der Wirtschaft mit qualifizierten Fachkräften“, erklärte VRB-Landesvorsitzender Bernd Karst. Deshalb müsse diese Schulart durch optimale personelle und sächliche Ausstattung gestärkt werden und attraktiv bleiben. „Gemeinsam müssen wir dafür sorgen, dass die politisch stets betonte Gleichwertigkeit zwischen realer Bildung und akademischem Studium auch in das Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt“, forderte Rita Petry (HWK-Geschäftsbereichsleiterin für Berufsbildung). Sie bot den Schulen weitreichende Kooperations- und Informationsmöglichkeiten an.

Konzepte zu einer wirksamen Migrantenförderung dürfen nicht an den Finanzen scheitern!



Gesprächsteilnehmer von links nach rechts: MdL Martin Brandl, Michael Eich, MdL Bettina Dickes, Wilfried Rausch, MdL Brigitte Hain, Martin Radigk, Gereon Geissler und MdL Guido Ernst und MdL Marion Schneid (nicht auf dem Bild)

Foto: VRB

Zu dem traditionellen Herbstgespräch mit den Bildungspolitikern der Landes-CDU kamen am im November 2014 VRB-Vorstandsmitglieder in Mainz zusammen.

tenförderung, die Rahmenbedingungen an den Realschulen plus wie auch die Berufsorientierungsmaßnahmen. Beide Seiten waren sich einig, dass in diesen Themenbereichen weitere Entwicklungsschritte notwendig sind. Die VRB-Vertreter machten u. a. an den wachsenden Zugängen der Migranten deutlich, dass die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen wirksame Unterstützungen einfordern, die nur mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus dem Landesetat zu realisieren sind. Übereinstimmend war man der Meinung, dass Integration der Migranten in Schule und Gesellschaft nur dann zu erreichen sei, wenn die Sprachbarrieren kontinuierlich beseitigt würden. Vielfach würden auch die persönlichen Umstände der Schülerinnen und Schüler den schulischen Alltag belasten. Traumatische Erlebnisse auf der Flucht ließen sich nicht so ohne Weiteres ignorieren. Schulen benötigten mehr Unterstützung von außen.

Im Mittelpunkt des intensiv geführten Gedankenaustauschs standen die Inklusion, die Erziehungsproblematik, die Migran-



► VRB IM GESPRÄCH MIT ADD-PRÄSIDENTIN DAGMAR BARZEN

Planstellen statt befristeter Vertretungsstellen – Systemwechsel?



Die Gesprächsteilnehmer: 1. Reihe (v. l. n. r.): Brigitte Fischer (Koordinierende Referentin, ADD Koblenz), Dagmar Barzen (ADD-Präsidentin), Bernd Karst (VRB-Vorsitzender), Timo Lichtenthäler (VRB); 2. Reihe (v. l. n. r.): Wolfgang Seebach (VRB), Klaus Süßmann (ADD-Abteilungsleiter Schulen), Michael Mosbach (Koordinierender Referent, ADD Neustadt), 3. Reihe (v. l. n. r.): Wolfgang Häring (VRB), Martin Radigk (VRB), Michael Eich (VRB).

Foto: Wünschel

Mitglieder des VRB-Landesvorstands trafen sich mit Präsidentin Dagmar Barzen zu einem Gespräch im Kurfürstlichen Palais in Trier, dem Hauptsitz der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD). Der Austausch umfasste die gesamte Bandbreite schulpolitischer Themen und Herausforderungen. Abzuwarten bleibt, ob der sich aktuell abzeichnende und im Gespräch diskutierte Systemwechsel von befristeten Vertretungsstellen zu sogenannten Vertretungspoolplanstellen zu besseren Einstellungsperspektiven für junge Lehrkräfte führt.

Zentrales Anliegen im ADD-Gespräch: Lehrer von der Straße holen!

Im Gespräch mit ADD-Präsidentin Barzen war es dem Landesvorstand ein zentrales Anliegen, auf die kritische Beschäftigungssituation von Lehrkräften in befristeten Vertretungsverträgen hinzuweisen. Zu Beginn der Sommerferien häuften sich die Anfragen von Kollegen, die nicht wussten, wie es nach dem Ende der unterrichtsfreien Zeit weitergeht. Viele gut ausgebildete Lehrkräfte kehrten Rheinland-Pfalz enttäuscht den Rücken und erhielten in den Nachbarbundesländern Planstellen.

Die ADD-Vertreter erwarten zum einen bei den Realschulen plus eine verbesserte Unterrichtsversorgung, die mehr Einstellung ermöglicht. Zum anderen könne der Abwanderung von Lehrkräften der Systemwechsel von befristeten Beschäftigungsverträgen hin zu Festanstellungen entgegenwirken. Statt eines befristeten Vertretungsvertrages erhielten die Kolleginnen und Kollegen eine dauerhafte Einstellung auf Vertretungspoolplanstelle. Dafür müssen sie sich für drei Jahre bereit erklären, an verschiedenen Schulen ihrer näheren Umgebung eingesetzt zu werden.

VRB-Forderung: An Schulleitung interessierte Lehrkräfte auf Führungsaufgaben vorbereiten!

Attraktivere Perspektiven sind auch für jene Lehrkräfte erforderlich, die Interesse an Schulleitung haben. Nach der Schulstrukturreform müsse seitens der ADD auch wieder die Personalentwicklung angegangen werden, damit motivierte Kolleginnen und Kollegen für Schulleitung gewonnen und auf zukünftige Führungsaufgaben vorbereitet werden. Gerade bei der Realschule plus sieht der VRB-Landesvorstand die Notwendigkeit, zusätzliche Funktionsstellen einzurichten. Die Aufgaben, denen sich Schulleitung stellen müsse, haben in den vergangenen Jahren immer mehr an Umfang zugenommen. Zusätzliche Funktionsstellen würden zum einen die Schulleitungen entlasten und zum anderen könnten interessierte Lehrkräfte Leitungserfahrung sammeln.

Die ADD sichert zu, das Thema Personalentwicklung im Blick zu haben. Forciert werden müsse die Berufsbegleitung durch das Pädagogische Landesinstitut (PL), aber auch die Schulleitung sieht die ADD in der Pflicht, geeignete Kolleginnen und Kollegen anzusprechen.

Heterogenität nimmt durch Inklusion und Migration ständig zu

In Sachen Inklusion sieht der VRB-Landesvorstand nach wie vor einen Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit, denn zuerst müsse in Personal und Ausstattung investiert werden, bevor Inklusion in den Schwerpunktschulen erfolgreich umgesetzt werden könne.

Präsidentin Barzen sieht Rheinland-Pfalz bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention insgesamt auf einem guten Weg. Die Wahlfreiheit der Eltern garantiere, dass kein System abge-

schaft wird. Die Förderschulen bleiben also erhalten, einige werden zu Förder- und Beratungszentren weiterentwickelt. Inklusion müsse als Prozess verstanden werden, der nicht in wenigen Jahren bewältigt werden kann.

Es wird zusätzliche Lehrerstellen geben, wobei gelingen müsse, die Schwerpunktschulen in allen Regionen gut mit Förderschullehrkräften zu personalisieren. Der Umgang mit Heterogenität ist nicht nur wegen Inklusion eine große Herausforderung, auch das Thema Migration ist eine Aufgabe, der sich Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen je nach Region verstärkt annehmen müssen. Der VRB-Landesvorstand sieht hier die Landesregierung in der Bringschuld, denn die Schulen sind derzeit hierfür weder personell noch sachlich (z. B. Schulbücher) ausreichend ausgestattet. Zumal viele Flüchtlingskinder traumatisiert in ein für sie fremdes Land kommen,

dessen Sprache sie nicht kennen und dessen Kultur ihnen fremd ist. Das erfordere eine sehr intensive Betreuung und bedürfe der professionellen Unterstützung für die Lehrkräfte.

Gemeinsames Anliegen von ADD und VRB: Realschule plus stärken

Als gemeinsames Anliegen und Ziel wurde verabredet, die Stärken der Realschule plus konsequenter herauszustellen. Profil und Angebot der Realschule plus macht sie zur unverzichtbaren Schulart in der rheinland-pfälzischen Bildungslandschaft – das dürfe nicht kleingeredet werden.

VRB und ADD haben sich darauf verständigt, den Austausch über die bildungspolitischen Herausforderungen zu verstetigen und regelmäßig Treffen abzuhalten.



Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

Landeshauptvorstand in Morbach

Es ist bewährte Praxis, dass sich der VRB-Landeshauptvorstand (LHV) in der letzten Sommerferienwoche zu einer zweitägigen Arbeitssitzung trifft. Morbach war in diesem Jahr der vom Bezirk Trier ausgewählte Veranstaltungsort.

Arbeitsschwerpunkte an den ersten beiden Septembertagen waren die Strukturierung der neuen Homepage und die Überarbeitung der Organisationsstruktur des Verbandes nach der Umbenennung.

Inhaltlich wurden Pflöcke eingeschlagen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Realen Bildung in Rheinland-Pfalz sowohl an den Integrierten Gesamtschulen als auch an den Realschulen plus und Fachoberschulen.

Schulartübergreifend gestalten wir Unterricht ganzheitlich, vielfältig und lebensnah, so dass zwangsläufig Überlegungen für Fördermitgliedschaften angestellt wurden.

Foto: VRB





► FACHKRÄFTEMANGEL: Gleichstellung Duale Ausbildung und Studium

Der demographische Wandel macht sich inzwischen vielerorts bemerkbar: Fachkräfte fehlen zum Beispiel im Gesundheitswesen zur Sicherung der Pflege Bedürftiger. Aber auch in den Handwerks- und Industriebetrieben werden fachkundige und qualifizierte Arbeitskräfte händeringend gesucht und Lehrstellen bleiben unbesetzt, da die Auszubildenden fehlen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat die Landesregierung Rheinland-Pfalz mit Vertretern der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Bundesagentur für Arbeit einen „Ovalen Tisch für Ausbildung und Fachkräftesicherung“ ins Leben gerufen. Einigkeit herrscht bei allen Beteiligten darüber, dass die Duale Ausbildung einen gewichtigen Stellenwert inne hat und die klassische Berufsausbildung ebenso Karrierechancen ermöglicht, wie ein abgeschlossenes Studium.

Das müsse stärker ins öffentliche Bewusstsein transportiert werden. Die Wirtschaftsvertreter fordern dazu u.a., dass die Berufsorientierung an den Schulen weiter ausgebaut werden müsse, um Schüler und auch deren Eltern frühzeitig bei der Berufsfindung und -planung zu begleiten und zu beraten. Eine frühzeitige und auf den Schüler individuell abzielende Berufsorientierung führt zu einer zielführenden Berufsentscheidung und stärkt die Duale Ausbildung.

Der VRB begrüßt die am „Ovalen Tisch“ getroffenen Vereinbarungen. Zur Stärkung der Berufsorientierung an Schulen fordert der VRB die Aufwertung des Berufswahlkoordinators. Das Amt erfordere eine konkrete Stellenbeschreibung und Freiräume zur Realisierung der umfangreichen Aufgaben.

Krier/Quelle: Die Rheinpfalz vom 17.7.2014

► INKLUSION: Stärkung Elternrechte

Lesen Sie hierzu den Kommentar auf Seite 24

In einem Elternbrief-Newsletter, der zu Beginn des Schuljahres erschien, weist das Bildungsministerium auf Neuregelungen hin, die mit dem Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes am 1. August 2014 einhergehen. Beachtenswert sind neben dem Wahlrecht für Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch die Erweiterung der Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte von Eltern.

Elternwahlrecht

Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben nun gesetzlich verankert das Recht, über den schulischen Förderort für ihre Kinder frei zu entscheiden.

Sie haben die Wahl zwischen einem inklusiven Unterrichtsangebot in einer der aktuell 270 Schwerpunktschulen und dem Angebot in einer der 135 Förderschulen mit neun verschiedenen Schwerpunkten.

Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrecht für Eltern

Die Mitglieder des Schulausschuss, in dem Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler paritätisch beteiligt sind, haben ab sofort das volle Stimmrecht in der Gesamtkonferenz – dieses Stimmrecht galt bis dahin nur für Lehrkräfte. Mit der Ausweitung der Rechte von Elternvertreterinnen und -vertretern in den Schulen soll die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure weiter intensiviert werden.

Bajraktari/Quelle: MBWWK-Elternbrief-Newsletter 03/2014 vom 2.10.2014

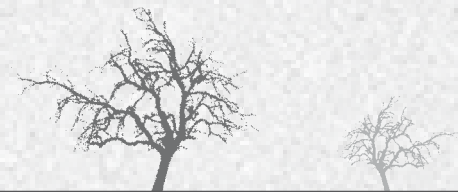
► DEMOGRAFISCHER SCHÜLERRÜCKGANG: Mitverantwortung der Eltern für Verödung der Bildungslandschaft?

Die demografische Entwicklung stellt viele rheinland-pfälzische Regionen vor große Herausforderungen, nicht zuletzt was die flächendeckende Aufrechterhaltung eines Angebots an weiterführenden Schulen anbelangt. Die Landesregierung hat nach eigenem Verständnis mit ihren „Leitlinien für den Erhalt kleiner Realschulen plus“ ein deutliches Zeichen gesetzt, dass trotz des demografisch bedingten Schülerrückgangs in den Regionen ein wohnortnahes

Realschule plus-Angebot aufrechterhalten werden kann. David Ditzer, Redakteur der Rheinzeitung (RZ), sieht in seinem Kommentar vom 17. September 2014, sowohl die Landesregierung als auch die Eltern in der Verantwortung, eine Verödung der Bildungslandschaft zu verhindern: „Folgt das Land allein der Zahlenlogik, gleicht die Bildungslandschaft im ländlichen Raum, was weiterführende Schulen angeht, bald einer Wüste mit wenigen Oasen. Für solche Konzen-

trationsprozesse sind viele Eltern aber mitverantwortlich. Weil sie bei der Wahl der weiterführenden Schule zu sehr darauf schauen, wo ihr Kind den höchstmöglichen Abschluss erwerben kann.“

Eich/Quelle: Realschulen plus in Cochem: Gute Bildung darf kein reines Zahlenspiel sein, RHEIN-ZEITUNG vom 17.9.2014



Fotos: www.fotolia.de

► **FERIENTERMINE:**
Flexibilisierung geplant

Am Rande des Landeselterntages kündigte Ministerin Doris Ahnen und ihre designierte Nachfolgerin Vera Reiß an, für die „kleinen Ferien“ in den Jahren 2017-2024 die Änderungswünsche der Eltern zu berücksichtigen, wie sie sich in Befragungen des LEB und der CDU sowie in einer Expertenrunde herauskristallisiert hatten: In den

Schuljahren, in denen der Abstand zwischen Oster- und Sommerferien sehr groß ist, soll es Pfingstferien bei gleichzeitiger Kürzung der Herbstferien geben. Ob bei einer großen Zeitspanne zwischen Weihnachten und Ostern Winterferien eingeplant werden sollten, wird noch geprüft.



Foto: www.fotolia.de

Hr

► **VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 10. JUNI 2014**

Versprechen einlösen!

Verband Reale Bildung fordert zusätzliche Planstellen

Der Landesvorsitzende des Verbandes Reale Bildung (VRB) Bernd Karst fordert die Landesregierung auf, das Versprechen einzulösen, das die Ministerin bei der Bekanntgabe der Unterrichtsversorgung an den einzelnen Schularten im vergangenen Spätherbst gegeben hatte. Offenbar von den Zahlen selbst erschrocken, hatte Doris Ahnen versichert, bei den Realschulen plus müsse man nochmals genau hinschauen und nachbessern. Das Versorgungsdefizit an dieser Schulart hatte sich nämlich auf 2,6 % erhöht (Steigerung um 18 % gegenüber dem Vorjahr) und ist damit das höchste der allgemeinbildenden Schulen. Bei der Prognose der Schülerzahlentwicklung hatte sich die Regierung offenbar gewaltig verschätzt.

Für den VRB ist dieses Defizit nicht hinnehmbar. „Holen Sie die Lehrer jetzt von der Straße“, appelliert Karst an Ministerin Ah-

nen. „Neben der Verbesserung der Unterrichtsversorgung geben Sie damit auch jungen Lehrkräften eine Zukunftsperspektive. Wer heute nicht eingestellt wird, steht in aller Regel auch in den nachfolgenden Schuljahren nicht mehr zur Verfügung. Die positiven Wirtschaftsdaten ermöglichen eine sofortige Nachsteuerung.“ Die Marke 100 + x % muss für die Lehrerversorgung im Land das Ziel sein.

Wer gute Bildung in anspruchsvollen Schulen vermitteln will, muss entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Dies ist nur mit weiteren Investitionen im Schulbereich zu realisieren. In der Realschule plus und der Gesamtschule ist die Klassenmesszahl 25 nach der Klassenstufe 6 weiterzuführen. In Berufsreifeklassen und -kursen sollten nach Auffassung des Verbandes Reale Bildung nicht mehr als 20 Schülerinnen und Schüler sitzen.



► **MINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, WEITERBILDUNG UND KULTUR, MAINZ, 10.6.2014**

Stellungnahme des Bildungsministeriums zur Pressemeldung des Verbandes Reale Bildung (VRB):

„Das Bildungsministerium hat bei seiner Personalplanung für das kommende Schuljahr auf die absehbaren Entwicklungen der Schülerzahlen und auf die Unterrichtsversorgung im laufenden Schuljahr reagiert. Mit nahezu 1.000 zu besetzenden Stellen hat die Schulaufsicht schon jetzt einen großen Einstellungskorridor. Dieser wird sich noch vergrößern. Davon werden auch die Realschulen plus profitieren.“ Das hielt Bildungsstaatssekretär Hans Beckmann mit Blick auf die heutige Forderung des VRB fest, die Landesregierung solle für das bevorstehende Schuljahr frühere Versprechen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung einlösen. Abweichungen zwischen Schülerzahlprognosen und tatsächlicher Schülerzahlentwicklung habe es in der Vergangenheit immer mal wieder gegeben – in unterschiedlichen Schularten,

mit unterschiedlicher Ausprägung. Das Bildungsministerium habe immer im folgenden Schuljahr versucht, daraus folgende Abweichungen von der durchschnittlichen Unterrichtsversorgung auszugleichen. Und dies mit Erfolg. Das gelte auch in für das kommende Schuljahr.

Das Einstellungsgeschäft bei der Schulaufsicht nehme in diesem Jahr schon sehr früh Fahrt auf, was vor dem Hintergrund des späten Sommerferienbeginns besonders erfreulich sei, ergänzte Beckmann. Ziel der Landesregierung sei und bleibe es, die Unterrichtsversorgung in den Schulen auf einem guten Stand sicherzustellen und möglichst zu verbessern. Dies gelte auch für das neue Schuljahr und insbesondere auch für die Realschulen plus.

► **STETER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN!**

Verband Reale Bildung sieht zusätzliche 250 Planstellen als Erfolg

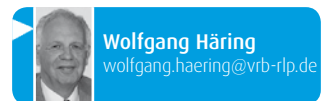
Nach heftiger öffentlicher Kritik des Verbandes Reale Bildung (VRB) an der Lehrerversorgung im Land hat Bildungsministerin Doris Ahnen zu Beginn des Schuljahres mitgeteilt, dass die Landesregierung vom vorgesehenen rigiden Sparkurs abweicht und dem Bildungsministerium zusätzliche Planstellen für den Schulbereich zur Verfügung stellt.



rumort es schon lange.“ Der VRB hat vielfach deutlich gemacht, dass die Prognosen des künftigen Lehrkräftebedarfs des Klemm-Gutachtens aus dem Jahre 2012 von der Realität überholt wurden. Mit der Nachsteuerung geht das Ministerium in die richtige Richtung. Aber das reicht nicht! Die Unterrichtsversorgung lässt sich damit nicht aus den roten Zahlen herausholen. Mit einem Versorgungsdefizit wird man auch weiterhin keine gute Unterrichtsqualität erzielen. Die Marke 100+x% für die Lehrerversorgung gilt es zu erreichen. Landesvorsitzender Bernd

„Es ist letztlich das Eingeständnis einer verfehlten Einstellungspolitik“, kommentierte der VRB-Landesvorsitzende Bernd Karst. „Mit den Statistiken zur Unterrichtsversorgung konnte die Landesregierung nicht punkten. An den Schulen

Karst forderte die Landesregierung auf, das Versprechen, gute Rahmenbedingungen für anspruchsvolle Schulen schaffen zu wollen, endlich einzulösen. In der Realschule plus und der Gesamtschule ist die Klassenmesszahl 25 nach der Klassenstufe 6 weiterzuführen. Die dafür benötigten gut ausgebildeten Lehrkräfte stehen zur Verfügung; sie müssen nur im Land gehalten werden. Dazu Karst: „Kämpfen Sie weiter um mehr Planstellen, Frau Ahnen!“



► **REALE BILDUNG**

Schüler und Schülerinnen praktizieren Marktwirtschaft



Foto: www.fotolia.de

Schülerfirmen boomen. Viele Jugendliche motiviert es, in ihrer Schule schon mal „reales Wirtschaftsleben“ zu schnuppern und nicht nur aus Büchern zu lernen. An immer mehr Schulen werden Firmen gegründet, die echtes Geld verdienen.

Die Mini-Unternehmer lernen dabei wirtschaftliche Kreisläufe realitätsnah kennen. Pädagogen stehen den Jugendlichen zur Seite und helfen fachliche und soziale Kompetenzen zu gewinnen. Neben zusätzlichem Fachwissen erwerben die Jugendlichen auch eine höhere persönliche Reife. Mit Lieferanten und Kunden zu verhandeln, schult nicht zuletzt auch die sprachliche Kompetenz.

Bei aller Begeisterung für eigene wirtschaftliche Aktivitäten darf nicht vergessen werden, dass Schule eine universelle Bildungsstätte ist. Deshalb müssen musisch-künstlerische Bereiche gleichberechtigt in einer Schule vertreten sein. Die Unternehmungen der Schülerfirmen sind vielfältig und reichen von handwerklicher

oder technischer Produktion bis zu Dienstleistungen aller Art. Die Schülerinnen und Schüler züchten Bienen, sie stellen Laven-del-Badekugeln her oder verkaufen Pausenbrote. Ein spektakuläres Projekt läuft an der Integrierten Gesamtschule Zell/Mosel. 15 Schüler haben einen Wetterballon aufsteigen lassen. Die mit zwei Kameras und GPS-Peilsender bestückte Sonde liefert eindrucksvolle Bilder aus mehr als 30 Kilometern Höhe. Das zehn Stunden umfassende Filmmaterial wird von den Jugendlichen gesichtet und geschnitten. Danach soll der Film verkauft werden. Der örtliche Gewerbeverein unterstützt die „CreativeKids4igs“ auch finanziell. Hier finden Schüler und Lehrkräfte Informationen zu Schülerfirmen:

JUNIOR – Schüler erleben Wirtschaft (Institut der Deutschen Wirtschaft):
www.juniorprojekt.de

Fachnetzwerk Schülerfirmen, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung:
www.fachnetzwerk.net

Servicestelle Schülerfirmen (im kobra.net, Kooperation in Brandenburg) :
www.kobranet.de

Initiative zur Förderung und Betreuung von Schülerfirmen:
www.schuelerfirmen.com



Gesundheitsbericht über die Lehrkräfte und Pädagogischen Fachkräfte in Rheinland-Pfalz 2012/2013

Das in Mainz angesiedelte Institut für Lehrergesundheit (IfL) ist seit der Gründung 2011 mit der arbeitsmedizinischen und sicherheitstechnischen Betreuung von Lehrkräften, Pädagogischen Fachkräften und sonstigen Beschäftigten im Schuldienst in Rheinland-Pfalz durch das Land beauftragt. Der Gesundheitsbericht wird im Auftrag der Landesregierung jährlich durch das IfL aus anonymisierten Daten verschiedener Stellen in Rheinland-Pfalz über die Bediensteten an Schulen erstellt.

Lehrergesundheit



Gesundheitsbericht benennt Belastungsfaktoren

Zwar stützen sich die Ergebnisse des Berichts in Bezug auf den diesjährigen Schwerpunkt „Infektionsschutzbelehrung“ vorrangig auf Förderschulen, da dort die Befragungen durchgeführt wurden. Dennoch können auch Erkenntnisse über Arbeitsbedingungen und Gesundheitssituation der Beschäftigten an Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen abgeleitet werden. So heißt es in dem Gesundheitsbericht: „In den aktuellen Forschungsarbeiten lassen sich Schülerverhalten und emotionale Anforderungen aus der Beziehung zu Schülerinnen und Schülern, die Arbeitsmenge und die Arbeitszeit der Lehrkräfte, das Aufwand-Belohnungs-Verhältnis sowie Lärm als Belastungsfaktoren von Lehrkräften identifizieren“ (Gesundheitsbericht 2012/2013, S.7). Das deckt sich mit den Forderungen des VRB nach kleineren Klassenmessen, nach durchgängiger Doppelbesetzung in inklusiv unterrichteten Klassen sowie nach dem Ausbau professioneller Unterstützungssysteme für die Schulen. Auch müssen die Lehrkräfte eine Wertschätzung für ihre Leistungen erfahren, und diese kommt auch in einer angemessenen Besoldung zum Ausdruck.

Gesundheitsförderliche Verhaltensweisen

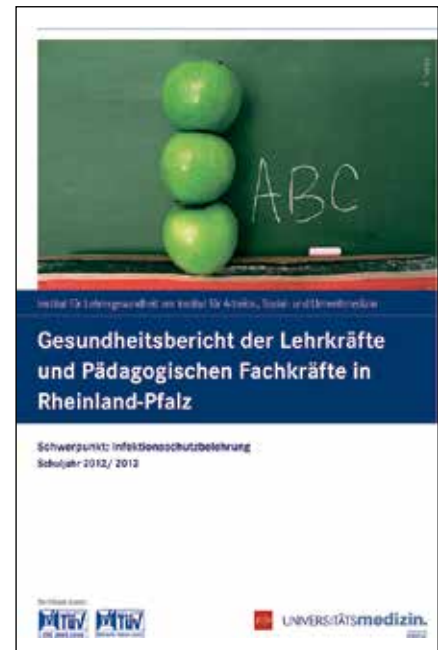
Doch der Gesundheitsbericht gibt auch Aufschluss darüber, warum der eine Kollege erkrankt, der andere jedoch nicht. So wird beispielsweise dargestellt, dass die arbeitsplatzbezogenen Einfluss- und Entwicklungsmöglichkeiten einen Faktor darstellen. Ebenfalls positiv wirken sich soziale Unterstützung und im persönlichen Bereich gesundheitsförderliche Verhaltensweisen sowie Distanzierungsfähigkeit aus. So scheinen Kolleginnen und Kollegen, die sich mit ihrer Gesundheit in Fort- und Weiterbildung beschäftigen, auch seltener psychisch zu erkranken.

Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Ein Abschnitt des Gesundheitsberichts widmet sich der Arbeit des Instituts in Bezug auf das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM). Bei BEM handelt es sich um ein Verfahren, krankheitsbedingt ausfallende Beschäftigte, soweit möglich und sinnvoll, wieder in den beruflichen Alltag zu integrieren. Dazu heißt es im Gesundheitsbericht: „Das IfL hat gemeinsam mit dem Projekt Lehrergesundheit der ADD, dem MBWWK und dem dortigen Arbeitsschutzausschuss einen Entwurf zur künftigen Gestaltung des BEM erarbeitet, der sowohl Beamtinnen und Beamte als auch Tarifbeschäftigte einbezieht. Dieser Entwurf beschreibt einen Prozessablaufplan, der als Handlungsanweisung für alle Beteiligte dienen kann. (...) Seit Bestehen des IfL konnte in Zusammenarbeit mit dem Projekt Lehrergesundheit der ADD auf Wunsch von Bediensteten in mehreren Fällen eine Wiedereingliederung nach längerer Krankheit erfolgreich realisiert werden“ (Vgl. S. 32).

Landesregierung muss Taten folgen lassen

Der VRB begrüßt die Arbeit des Instituts



für Lehrergesundheit. Die Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, während die Anforderungen dagegen permanent gesteigert wurden. Eine Verkleinerung der Klassengrößen sowie die Herabsetzung der Unterrichtsverpflichtung wären wichtige Signale an die rheinland-pfälzische Lehrerschaft, dass Rheinland-Pfalz das Thema „Lehrergesundheit“ wirklich ernst nimmt. Die Landesregierung steht nun in der Pflicht, den Erkenntnissen des Gesundheitsberichts Taten folgen zu lassen.

Spannend wird sicherlich auch der nächste Gesundheitsbericht werden, da ein neues Projekt zur Inklusion an Schulen und deren Konsequenzen für die Gesundheitsprävention in Planung ist.

Quelle: Gesundheitsbericht der Lehrkräfte und Pädagogischen Fachkräfte in Rheinland-Pfalz, Institut für Lehrergesundheit am Institut für Arbeits-, Sozial- und Umweltmedizin, Schwerpunkt: Infektionsschutzbelehrung, Schuljahr 2012/2013.



Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de

► INKLUSION

Uneingeschränkte Wahlfreiheit zwischen Förderschule und allgemeiner Schule im Schulgesetz verankert

Mit Beginn des neuen Schuljahres haben Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die freie Wahl zwischen einem inklusiven Unterrichtsangebot in einer Schwerpunktschule und einem Schulangebot in einer Förderschule. Das Inklusionskonzept der Landesregierung beinhaltet folglich den weiteren Ausbau des inklusiven Unterrichtsangebots. Zur Unterstützung der bestehenden bzw. der neu zu gründenden Schwerpunktschulen soll die Weiterentwicklung einzelner Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren erfolgen.

Kommentar zur Schulgesetzänderung:

Dem Verband Reale Bildung ist es ein wichtiges Anliegen, dass beeinträchtigte Menschen eine gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet wird. Die gleichwertige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann grundsätzlich den Schulbereich nicht ausgrenzen.

Rheinland-Pfalz hat schon sehr früh durch die Einrichtung von Schwerpunktschulen Wahlmöglichkeiten für Eltern geschaffen, dass behinderte Kinder und Jugendliche am Unterricht in Regelschulen teilnehmen können.

Mit der Schulgesetznovelle beabsichtigt die Landesregierung, einen Schritt weiterzugehen, indem den Eltern von behinderten Kindern und Jugendlichen ein vorbehaltloses Wahlrecht zwischen dem Unterricht in einer Schwerpunktklasse und den Förderschulunterricht eingeräumt wird.

Wir begrüßen, dass Rheinland-Pfalz den Eltern ein Wahlrecht ermöglichen will. Bedeutet es doch, dass Rheinland-Pfalz das Förderschulwesen nicht zur Disposition stellt.

Alle bildungspolitischen Maßnahmen müssen sich daran messen lassen, dass jedes Kind nach seinen individuellen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen gefördert und gefordert wird.

Eine individuelle und differenzierte Förderung in den Regelschulen lässt sich u. E. mit einem vorbehaltlosen Elternrecht

nicht in jedem Fall realisieren. Es gibt Grenzen eines gemeinsamen Unterrichts, die nicht ausgeblendet werden dürfen.

Eine Beschulung in einer Schwerpunktklasse macht nur dann Sinn, wenn der gemeinsame Unterricht das Förderkind in seiner schulischen Entwicklung voranbringt, um später in der Gesellschaft bestehen zu können.

Wir haben im Rahmen des Schulversuchs und im Rahmen des gemeinsamen Unterrichts in den Schwerpunktschulen die Erfahrung gemacht, dass nicht alle behinderten Kinder in den Regelschulen gut gefördert werden konnten. Es gibt Kinder, die benötigen für ihre Entwicklung einen speziellen Förderort.

Folgerichtig fordert der Verband Reale Bildung eine Gleichstellung von Schwerpunktschulen und Förderschulen; denn eine echte Wahlmöglichkeit für die Eltern besteht nur dann, wenn die Intensität der Förderung bei beiden Alternativen gleich ist.

Aus dem schulischen Inklusionsalltag der schon bestehenden Schwerpunktschulen wird jedoch immer wieder berichtet, dass die Rahmenbedingungen nicht annähernd stimmen: zu wenig Förderschullehrkräfte, fehlende bzw. unzureichende Ausbildung der Regelschullehrkräfte sowie Mängel bei der räumlichen und sächlichen Ausstattung.

Den Ausbau von Förderschulen zu Förder- und Beratungszentren halten wir für einen richtigen und längst überfälligen Schritt. Mit diesen Förderzentren können Schulen und Lehrkräften wirksame Unterstützungsmaßnahmen ortsnahe in der Region geboten werden.

Die Beschränkung der Förder- und Beratungszentren ausschließlich auf die Funktionen von Beratung und Unterstützung der sogenannten Schwerpunktschulen reicht allerdings nicht aus. Die neu zu schaffenden Zentren müssen grundsätzlich allen Regelschulen wirksame Unterstützung bei der Förderung bieten können. Denn das Schulgesetz spricht allen jungen Menschen das Recht auf Förde-

rung zu. Dazu ist es notwendig, dass an den Förderzentren die personelle Ausstattung nach den Erfordernissen z. B. durch Schulpsychologen, Therapeuten, Sozialarbeiter erweitert wird. Somit können Fördermöglichkeiten für die Schülerinnen und Schüler geboten werden, denen bisher mit ihren Förderbedarfen bzw. Handikaps kaum geholfen werden konnten und die sich in den Regelschulen schwer tun.

Das Angebot der Förderschulen im Land ist differenziert in neun Förderschwerpunkten. Das schätzen wir. Bemerkenswert ist allerdings, dass im staatlichen Schulwesen unseres Landes der Förderbedarf für sozial-emotionale Entwicklung nur unzureichend abgedeckt wird. Und hier im Umgang mit Schülern, die den Förderbedarf sozial-emotionale Entwicklung haben, sollten die Förderzentren den Regelschulen verstärkt Unterstützung gewähren. Diese Kinder sind oftmals als „Störenfriede“ in der Schule stigmatisiert und belasten das Klassenklima. Für Eltern und Lehrkräfte ist diese Situation gleichermaßen belastend.

Eltern Erziehungshilfen, Schülern eine ambulante Förderung und Schulen eine begleitende Unterstützung zu bieten, wäre aus unserer Sicht eine notwendige Funktionen, die von den Förder- und Beratungszentren übernommen werden müssten.

In den Fällen, in denen eine Beschulung in Regelklassen nur schwer oder gar nicht möglich ist und Förder- und Unterstützungsmaßnahmen nur bedingt bzw. gar nicht helfen, sollten diese Förderzentren sogenannte „Auszeitklassen“ vorhalten.

Die Auszeitklassen zielen auf eine Reintegration in die Herkunftsschule. Es handelt sich hierbei um einen befristeten Wechsel, der für alle Betroffenen Deeskalation und Raum für Veränderungen ermöglichen soll.



► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 28. JULI 2014

VRB fordert kleinere Berufsreife-Klassen

Im Zusammenhang mit der Präsentation des Projekts „Keine(r) ohne Abschluss“ (KoA) fordert der Verband Reale Bildung (VRB) eine Senkung der Klassenmesszahlen an den Realschulen plus und Gesamtschulen.

„Berufsreife-Klassen und -kurse mit 30 Schülern lassen kaum individuelle Förderung zu“, so der VRB Landesvorsitzende Bernd Karst. „So hilfreich die Sonderklassen an den wenigen Schulen des Projekts KoA auch sein mögen, sie ersetzen nicht die Reduzierung der Klassenstärken.“ Karst befürchtet, dass die Halbierung der Zahl der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss unter den vorherrschenden Bedingungen in Rheinland-Pfalz nicht zu realisieren sei. Die Kultusministerkonferenz hat schon 2007 von den Ländern „geeignete Maßnahmen“ gefordert, um dieses strategische Ziel zu erreichen.

Während sich an den Gymnasien die Klassen ab Klassenstufe 7 durch Abgänge verkleinern, vergrößern sich entsprechend

die Klassen an den Realschulen plus. Der VRB fordert daher ab Klassenstufe 7 für die Berufsreife-Klassen und -kurse maximal 20 Schülerinnen und Schüler, in den Realschulklassen bzw. -kursen höchstens 25.

Die gezielte Vorbereitung von Schülern mit einer schwierigen Ausgangslage auf das Berufsleben erfordert eine intensive individuelle Betreuung. Die KoA-Projektschulen verfügen dazu für die Dauer des Projekts über zusätzliche Zeit- bzw. Personalressourcen. Diese Rahmenbedingungen sollten projektunabhängig allen Schulen zur Verfügung stehen, damit Schülern auf breiter Basis der Übergang ins Berufsleben erleichtert werden kann.

Mit kleineren Klassen und der Ausweitung des pädagogischen Personals könnten die Zahl der Schulabbrecher generell reduziert und die Leistungsstandards gehalten werden.

► VRB-PRESSEMITTEILUNG VOM 20. AUGUST 2014

Zusätzliche Lehrerstellen für Eingliederung von Migrantenkindern gefordert

Die Zahl an Flüchtlingen, Asylbewerbern und Zuwanderern nimmt mit regionalen Schwerpunkten in Rheinland-Pfalz deutlich zu. „Wir müssen den Kindern dieser Zuwanderer an den Schulen das Erlernen der deutschen Sprache ermöglichen. Nur dann werden sie in unserer Gesellschaft richtig ankommen und beste Chancen für ihre Zukunft erhalten“, so der Landesvorsitzende des Verbandes Reale Bildung Bernd Karst.

Da die meisten Flüchtlingskinder ohne deutsche Sprachkenntnisse aus den zahlreichen Krisenregionen der Welt einreisen, sind Vorbereitungsklassen und -kurse an allen Schularten, insbesondere an Realschulen plus und Gesamtschulen dringend erforderlich. Damit werden das Ankommen in einer ungewohnten Umgebung sowie die Integration in die spätere Klassengemeinschaften erleichtert. Ohne eine intensive persönliche Zuwendung nach der Schulaufnahme, ist das Eingehen auf die individuellen Bedürfnisse dieser oft traumatisierten Kinder zudem kaum möglich.

VRB-Chef Karst fordert deshalb die Einstellung von zusätzlichen Lehrkräften und verweist auf das Beispiel Baden-Württemberg, das speziell für Vorbereitungsklassen 200 zusätzliche Deputate zur Verfügung stellt (Gegenwert ca. 11,7 Millionen Euro). Die bislang vorgesehene Mindestzahl von zehn Schülerinnen und Schülern für eine Vorbereitungsklasse wird dort außer Kraft gesetzt, um den Schulen schnelles Handeln zu ermöglichen. Vorbereitungskurse sind bereits ab vier Schülerinnen und Schülern möglich.

Der VRB weist darauf hin, dass neben anerkannten Einwanderern und Asylbewerbern, auch sog. „papierlose“ Kinder ohne Aufenthaltstitel das Recht auf gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Schulen haben. Grund- und menschenrechtliche Garantien gelten unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Diese Kinder erhöhen noch die Zahl der statistisch erfassten Zuwanderer. Der Verband sieht dringenden Handlungsbedarf, wenn auch Rheinland-Pfalz seiner Verpflichtung gegenüber diesen ohnehin benachteiligten Kindern gerecht werden will.

► LANDESELTERNTAG 2014

Berufsorientierung als Schwerpunktthema



Landeselternsprecher
Dr. Thorsten Ralle

Foto: mit-rlp

Der diesjährige Landeselternntag stand unter dem etwas sperrigen Motto „Beschränkter Übergang?! – Sekundarstufe I – Orientierungsphase in der Bildungskarriere unserer Kinder“. Aus Sicht des VRB ist es sehr erfreulich, dass sich der Landeselternbeirat (LEB) ein Thema der Realen Bildung ausgesucht hatte.

Erfreulich auch, dass im Frankenthaler Albert-Einstein-Gymnasium ein „Markt der Möglichkeiten“ aufgebaut war, an dem sich Eltern insbesondere über die vielfältigen Angebote einer Dualen Ausbildung informieren konnten. Hier war von der Metall- und Elektro-Industrie über die Großbetriebe der Region, den Handwerkskammern bis zur Polizei alles vertreten. Ziel der Veranstaltung war es offenbar, den Eltern Alternativen zum „Königsweg“ Abitur aufzuzeigen, was sich auch in den Foren am Nachmittag widerspiegelte.

Noch-Bildungsministerin Doris Ahnen wies in ihrem Grußwort auf die Bedeutung der Berufsorientierung hin. Jeder Jugendliche sei so zu fördern, dass er optimale Perspektiven hat.

Trotz des Themas „Sekundarstufe I“ hat sie jedoch das Wort „Realschule plus“ ebenso wenig in den Mund genommen, wie der Hauptredner, BDA-Vizepräsident Dr. Gerhard Braun. Er beklagte die hohe Zahl der Studienabbrecher und betonte, dass sowohl Fachkräfte mit Dualer Berufsausbildung als auch Studenten, insbesondere solche mit MINT-Fächern, dringend benötigt werden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion erörterten Staatssekretärin und designierte Bildungsministerin Vera Reiß mit Dr. Gerhard Braun und Landeselternsprecher Dr. Thorsten Ralle, wie man Eltern in die Information über die 350 Ausbildungsberufe und über 10.000 Studiengänge einbeziehen könne. Am Nachmittag äußerten sich die Sprecher der Landtagsparteien Ulla Brede-Hoffmann (SPD), Christian Baldauf (CDU) und Ruth Ratter (GRÜNE) zum Thema.



Wolfgang Häring
wolfgang.haering@vrb-rlp.de

► PERSÖNLICHKEIT MIT VIELSEITIGEN INTERESSEN

Malte Blümke verabschiedet



Foto: Stefan F. Sämmer

Malte Blümke, Vorsitzender des HPR Gymnasien (2. v.li.), wurde Ende des letzten Schuljahres von Ministerin Doris Ahnen in den Ruhestand verabschiedet. Als Landesvorsitzender des Philologenverbandes bleibt er weiter auf der schul- und bildungspolitischen Bühne aktiv. Blümke gehörte dem Hauptpersonalrat 34 Jahre lang an. In den letzten zehn Jahren war er Vorsitzender des Gremiums.

VRB-Landesvorsitzender Bernd Karst (li.) würdigte Blümke als Persönlichkeit mit vielseitigen Interessen und Begabungen. Mit Intelligenz, Zähigkeit und Charme gelinge es ihm als geschätzter und fachkundiger Verhandlungspartner immer wieder, die Grundsätze seines Verbandes erfolgreich in die Bildungspolitik einzubringen. Karst lobte das traditionelle gute Miteinander des Philo-

logenverbandes mit den im Deutschen Lehrerverband organisierten Verbänden. Das sind neben dem VRB auch vlbs (Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen) und vlw (Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen), deren Landesvorsitzende Ulrich Brencken (re.) und Karl-Heinz Fuß (2. v.re.) ebenfalls an der Feier teilnahmen.

Wü

Pinnwand

► VERWALTUNGSGERICHT KOBLENZ: Land muss über Schadenersatzanspruch einer Lehrerin erneut entscheiden



Foto: www.fotolia.de

Die Klägerin hatte auf dem Schulhof einen Dienstunfall, bei dem ihre Brille beschädigt wurde, eine entsprechende Unfallmeldung legte sie ordnungsgemäß auf dem Dienstweg der Schulleitung vor. Die Schule leitete die Meldung erst vier Monate später an die Schadensregulierungsstelle weiter und hat in einem Begleitschreiben erklärt, dass der Grund für die Verspätung auf Seiten der Schulleitung liegt. Das Land lehnte die Schadensregulierung ab, weil die Dreimonatsfrist nicht eingehalten worden ist.

Daraufhin klagte die Lehrerin. Auch wenn sich die Klägerin keiner Fristversäumnis

schuldig gemacht habe und ihr deshalb kein Nachteil entstehen dürfe, könne ihr nicht unmittelbar ein Schadenersatz zugesprochen werden, denn nach gesetzlichen Regelungen bleibt dem Dienstherrn ein Ermessens-Spielraum über den Anspruch. Das beklagte Land Rheinland-Pfalz muss unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut über den Schadenersatzanspruch der Klägerin entscheiden.

*Bollinger/Quelle: Verwaltungsgericht
Koblenz, Urteil vom 13. Juni 2014,
5 K 284/14.KO*

► RÜCKFORDERUNG ÜBERZAHLTER BESOLDUNG RECHTENS: Blindes Vertrauen in Gehaltsabrechnung der Behörde nicht empfehlenswert

Einem beamteten rheinland-pfälzischen Lehrer war aufgrund eines Computereingabefehlers über einen Zeitraum von 16 Monaten ein Besoldungszuschlag wegen einer bei ihm bestehenden Teildienstfähigkeit gewährt worden. Dieser Zuschlag stand ihm jedoch nicht zu. Nachdem der Fehler aufgefallen war, verlangte das Land den zu Unrecht gezahlten Betrag in Höhe von insgesamt zirka 15.460 Euro zurück.

Mit seiner dagegen erhobenen Klage machte der Kläger geltend, ein Rückforderungsanspruch bestehe nicht. Er habe in schutzwürdiger Weise darauf vertraut, dass der Zuschlag ihm zustehe.

Die Klage hatte keinen Erfolg. Der Kläger könne sich nicht auf Vertrauensschutz berufen, befanden die Koblenzer Richter. Das Fehlen des rechtlichen Grundes für die Überzahlung sei offensichtlich gewesen.

Aufgrund eines ihm übersandten Informationsschreibens hätte er erkennen müssen, dass ihm der Zuschlag ab Eintritt in die Altersteilzeit nicht mehr zugestanden habe. Schon bei einem einfachen Vergleich seiner Bezügemittelungen mit dem Inhalt des Informationsschreibens hätte ihm deutlich werden müssen, dass hier etwas nicht stimmte. Selbst ein teilweises Absehen von der Rückforderung zu Gunsten des Klägers sei im konkreten Fall nicht geboten. Unter den gegebenen Umständen sei der Verursachungsbeitrag des Landes, der allein auf einem Eingabefehler beruhe, als gering einzustufen.

Die Berufung beim Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz wurde zugelassen.

*Häring/Quelle: Urteil des Verwaltungsgerichts Koblenz vom 5. September 2014,
Aktenzeichen: 5 K 416/14.KO*

► URTEIL ZUR STUFENZUORDNUNG: Urteil des EuGH zur Stufenzuordnung und Berücksichtigung von Vorbeschäftigungszeiten bei Tarifbeschäftigten

In einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 5. Dezember 2013 wurde entschieden, dass, nicht wie bisher praktiziert, zwischen Zeiten bei demselben und bei einem anderen Arbeitgeber unterschieden werden darf.

Konkret bedeutet dies, dass alle Zeiten einschlägiger Berufserfahrung, ganz gleich bei welchem Arbeitgeber, gleichwertig zu behandeln und anzuerkennen sind, sodass die Stufenzuordnung unter Anrechnung dieser Zeiten erfolgen muss. D.h. auch bereits vorgenommene Stufenzuordnungen sind ggf. zu korrigieren.

Wer Dienstzeiten bei einem anderen Arbeitgeber z.B. in einem anderen Land (NRW, Bayern ...) nachweisen kann und diese bisher nicht auf die Stufenlaufzeit anerkannt bekam, kann diese Anerkennung rückwirkend einfordern.

Daraus resultierende rückwirkende Zahlungsansprüche der Beschäftigten können aber nur bis zur Grenze der geltenden Ausschlussfrist von sechs Monaten des § 37 TVöD/TV-L bzw. § 20 TV-V geltend gemacht werden.

Zur weiteren Information finden Sie auf unserer Homepage www.vrb-rlp.de das Schreiben von dbb beamtenbund und tarifunion und einen entsprechenden Antrag zur Geltendmachung eventueller Ansprüche.

Bei Fragen wenden Sie sich an die VRB-Referentin für Tarifrecht:

Regina Bollinger
Tel.: 0 72 76/9 66 23 04
regina.bollinger@vrb-rlp.de



► VRB-HANDBUCH – NEUER TITEL UND NEUE ORDNER

55. Ergänzungslieferung im Druck

Die Loseblattsammlung trägt künftig den Titel „VRB-Handbuch für Lehrkräfte“. Mit der nächsten Ergänzungslieferung (Nr. 55) erhalten alle Abonnenten kostenlos zwei neue Ordner. Diese haben nicht nur ein neues Layout, sondern auch eine größere Füllhöhe. Wichtig: Es wird lediglich der Porto- und Versandkostenanteil in Rechnung gestellt, der für die Zustellung der Ergänzung entstanden wäre.

Aktualisiert werden das Inhaltsverzeichnis (1.1), die Adressen „Lehrerorganisationen“ (1.16) und die „Wahltermine in der Schule“ (16.2). Kostenlos wird Kapitel 20 (VDR) ausgetauscht: 20.1 Struktur des Verbandes (Schaubild), 20.2 Organe des VRB (Schaubild), 20.3 Satzung, 20.4 Geschäftsordnung für die Hauptversammlung, 20.5 Wahlordnung, 20.7 Beitragsordnung, 20.8 Beitrittserklärung, 20.9 Bestellschein VRB-Handbuch, 20.10 Geschäftsführender Landesvorstand, 20.11 Referenten des Landesvorstandes, 20.12 Landeshauptvorstand, 20.13 Bezirksverbände, 20.14 VRB-Mitglieder in den Personalvertretungen

Neu aufgenommen bzw. neu bearbeitet werden folgende Beiträge:

4.60 In der Neufassung des Beitrags „Versetzung der beamteten Lehrkraft in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit“ erläutert Gerhard Peifer die Voraussetzungen und Folgen einer Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit. Er geht dabei auch auf das Verfahren zur Feststellung der Dienstunfähigkeit ein. Weitere Themen sind Alternativen zur Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit und die Frage der Wiederverwendung von Ruhestandsbeamten.

5.1-5.4 Am 1.7.2013 ist ein neues Landesbesoldungsgesetz in Kraft getreten, das das Bundesbesoldungsgesetz ersetzt und dabei die bisherigen Landesregelungen einbezieht. In der vor diesem Hintergrund erforderlichen Neufassung der Beiträge über die Besoldung der Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz beschreibt Rainer Gierlich – in dieser ErgLfg. die Beiträge 5.1 bis 5.4 – die wichtigsten Tatbestände, die für die Bemessung der Besoldung von Lehrkräften eine Rolle spielen.“

5.40.4 Hartmut Ross setzt die Neubearbeitung des Beitrags „ABC der Werbungskosten“ im Licht der aktuellen steuerrechtlichen Entwicklungen fort. Aktualisiert werden die Buchstaben „A“, „L“, „S“ und „V“. Stichworte sind u. a. Abordnung, Lebensführung, Schüleraustausch, Sprachkurse, Studienreisen und Versorgungsausgleich.

8.10 Zum 1.1.2014 ist das Auslandsschulgesetz in Kraft getreten. Eine ergänzende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern regelt vor allem die Verfahren der Beurlaubung von Lehrkräften für den Auslandsschuldienst. Vor diesem Hintergrund aktualisiert Cornelia Wernz ihren Beitrag „Tätigkeit deutscher Lehrkräfte im Ausland“.

11.5.2 Wir setzen die schulerelevante Kommentierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPersVG) fort. Klaus Lotz beginnt mit dem Kapitel „Beteiligung des Personalrates – Mitwirkung und Mitbestimmung (§§ 73-83)“. Im Mittelpunkt stehen zunächst die Grundsätze und das Verfahren der Mitbestimmung.



Das VRB-Handbuch erscheint im Wingen-Verlag und ist die Sonderausgabe einer Loseblattsammlung, deren Grundwerk derzeit zum Preis von 29 Euro (zzgl. Versand und Porto) verkauft wird. Mit 1–2 Ergänzungslieferungen jährlich wird das Werk regelmäßig erweitert und auf aktuellem Stand gehalten.

VRB-Mitglieder erhalten das Grundwerk und die Ergänzungen zu einem ermäßigten Preis. Für Neumitglieder ist das zweibändige Grundwerk Begrüßungspräsident.



Pinnwand



Foto: www.fotolia.de

Die Verfassungsrichter sehen das von der nordrhein-westfälischen Landesregierung erlassene „Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge“ (2013/2014) als teilweise verfassungswidrig an.

Anders als das Bundesland Rheinland-Pfalz, das die Erhöhung der Bezüge der rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten fünf Jahre lang auf ein Prozent beschränkt und damit faktisch Besoldungskürzungen vorgenommen hat, ging Nordrhein-Westfalen einen anderen Weg: Es nahm eine gestaffelte Anpassung der Bezüge vor. Während die Angehörigen der Besoldungsgruppen A2 bis A10 eine Anpassung der Bezüge um 5,6 Prozent zugesprochen bekommen, hatte Nordrhein-Westfalen die Erhöhung

► ALIMENTATIONSPRINZIP:

Verfassungsgerichtshof NRW kippt Nullrunde in der Beamtenbesoldung

der Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppen A11 und A12 auf 2 Prozent begrenzt und ab der Besoldungsgruppe A13 ganz gestrichen.

Diese Ungleichbehandlung „verstoße evident gegen das Alimentationsprinzip“, so die Richter in der Urteilsbegründung. Zwar habe der Gesetzgeber bestimmte Gestaltungsspielräume, aber nach dem Alimentationsprinzip muss der Gesetzgeber die Bezüge der Beamten, Richter und Versorgungsempfänger anhand einer Gegenüberstellung mit bestimmten Vergleichsgruppen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes festsetzen. Generell gilt zudem, dass der Gesetzgeber verpflichtet ist, „die Bezüge der Beamten und Richter an eine positive Entwicklung der wirtschaftlichen und finanzi-

ellen Verhältnisse anzupassen.“ Auch bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung sollte die Einsicht reifen, dass die von ihr gesetzlich verordnete fünfjährige Begrenzung der Anpassung der Bezüge um jeweils ein Prozent, nicht mit dem grundgesetzlich garantierten Alimentationsprinzip vereinbar ist. Die Frage ist, ob sie sich das erst vom rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshof bescheinigen lassen möchte.



Eich/Quelle: Pressemitteilung des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen vom 1.7.2014

► RAHMENBEDINGUNGEN:

Brandenburg passt Arbeitszeit von Lehrkräften an gestiegene Belastungen an

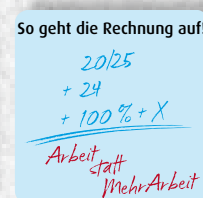
Ab dem kommenden Schuljahr müssen Lehrkräfte in Brandenburg weniger unterrichten. Die Landesregierung reduziert die Unterrichtsverpflichtung für Grundschullehrerinnen und -lehrer von 28 auf 27 und für Lehrerinnen und Lehrern an den Oberschulen von 26 auf 25 Unterrichtsstunden. Mit den Anpassungen reagiert das Bundesland auf die gestiegenen Arbeitsbelastungen der Lehrerinnen und Lehrer. Inzwischen fallen in Brandenburg 6,6 Prozent der Unterrichtsstunden aus, weil immer mehr Kolleginnen und Kollegen aufgrund der schlechter

werdenden Arbeitsbedingungen krankheitsbedingt ausfallen. Die Senkung der Unterrichtsverpflichtung ermöglicht die Einstellung von rund 400 jungen Lehrkräften.

Auch der Verband Reale Bildung (VRB) weist in Rheinland-Pfalz immer wieder mit zahlreichen Initiativen auf die gestiegenen Arbeitsbelastungen in Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen hin. Die Anforderungen steigen immer mehr, während die Arbeitsbedingungen schlechter und die Gehälter faktisch gekürzt

werden. Der VRB sieht die rheinland-pfälzische Landesregierung in der Pflicht, den brandenburgischen Weg einzuschlagen und präventiv den vorhersehbar hohen Kosten infolge höherer Krankenstände bei Lehrkräften entgegenzuwirken, indem die Rahmenbedingungen an die Erfordernisse schulischer Alltagsrealität angepasst werden.

Eich/Quellen: Potsdamer Neuste Nachrichten (pnn.de), 26.6.2014; dpa-Meldung vom 1.7.2014,



► RHEINLAND-PFALZ PLANT ANHEBUNG DER PENSIONALTERSGRENZE

VRB lehnt Gesetzentwurf ab

Rheinland-Pfalz beabsichtigt die Anhebung der Pensionierungsgrenze für die Beamten in Rheinland-Pfalz. Für die Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz ist dabei im Vergleich zur derzeit gültigen Regelung vorgesehen, die Lebensarbeitszeit um ein Jahr bis zum Ende des Schuljahres, in dem die Lehrkraft das 65. Lebensjahr vollendet hat, zu verlängern (§ 37 Abs. 1 Satz 4 LBesG).

Der Verband Reale Bildung lehnt den Gesetzentwurf ab

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfolgt in Angleichung an die zurzeit gültige Regelung im Rentenrecht. Die Übertragung benachteiligt einseitig die Beamtinnen und Beamten, weil sie die Besonderheiten des Beamtenstatus und die Verpflichtungen, denen Beamtinnen und Beamten unterworfen sind, außer Acht lässt. Die Angleichung zielt auf Haushaltseinsparungen.

Das Hinausschieben der Pensionsgrenze ist mit Blick auf die beruflichen Anforderungen im Schulbereich bedenklich. Die Tendenz, dass Lehrkräfte aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, wird sich weiter verstärken. Auch die Fehlzeiten werden zunehmen.

Der Verband Reale Bildung sieht in der Maßnahme für neu ausgebildete Lehrkräfte eine Verschlechterung der Einstellungschancen. Schon jetzt werden viel zu viele von ihnen durch eine restriktive Personalpolitik in die Arbeitslosigkeit getrieben.

Zu Einzelaspekten

- Wir schlagen eine Härteabmilderung hinsichtlich der an den Geburtstag gekoppelten Stichtagsregelung mit dem Ziel vor, dass Lehrkräfte nicht nur zum Schuljahresende, sondern auch zum Halbjahr in den Ruhestand wechseln können.
- Wir begrüßen die Vertrauensschutz-Regelungen für die Lehrkräfte, die sich in Altersteilzeit und Beurlaubung befinden.
- Wir fordern, die Möglichkeit, mit 63 Jahren vorzeitig in den Ruhestand zu treten, so zu erhalten, dass sie nicht durch eine Erhöhung der Versorgungsabschläge unterlaufen wird.
- Wir lehnen die Anhebung der abschlagsfreien Regelaltersgrenze für Schwerbehinderte auf 65 Jahre ab und fordern die Beibehaltung der bisherigen Regelung.

- Die vorgesehene Regelung zum abschlagsfreien Ruhegehalt nach Vollendung des 65. Lebensjahres und mindestens 45 ruhegehaltsfähigen Dienstjahren ist für Lehrkräfte nicht erreichbar. Die Anforderungen an die ruhegehaltsfähigen Dienstjahre sind zu senken.

In einer gemeinsamen Plakataktion distanzieren sich inzwischen die im dbb organisierten Lehrerverbände in Rheinland-Pfalz von der beabsichtigten „Modifikation der beamtenrechtlichen Pensionsaltersgrenzen“ und forderten u.a.:

- Keinen weiteren Zwangsbeitrag des öffentlichen Dienstes zur Sanierung des Landeshaushaltes!
- Erhaltung von Einstellungschancen für junge Lehrkräfte!
- Flexiblere Gestaltung der Übergangsbestimmungen für nach dem 1.4.1952 Geborene!
- Wiedereinführung der Altersermäßigung ab dem 55. Lebensjahr!
- Schaffung einer attraktiveren Altersteilzeitregelung!



Heinz-Jörg Dähler
heinz-joerg.daeher@
vrb-rlp.de

Anmerkung der Redaktion: Heinz-Jörg Dähler, stellvertretender Vorsitzender im Bezirksverband Koblenz und Mitglied des Landeshauptvorstandes, ist zu Beginn des Schuljahres für den VRB in den Hauptpersonalrat „Realschulen plus“ für Wilfried Rausch nachgerückt. Er wird den Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens beobachten und in der nächsten Ausgabe über die neuesten Entwicklungen berichten.



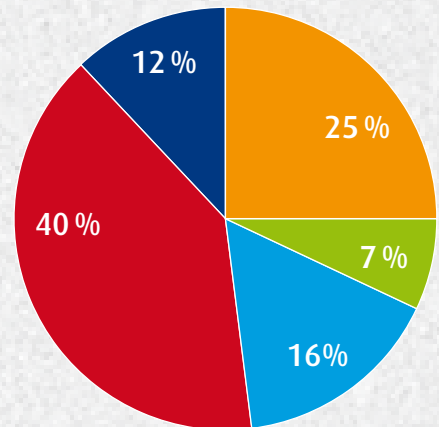
► **STATISTIK:**

Lehramtsanwärter an Studienseminaren im März 2014 in RLP

Grund- und Hauptschulen	606
Förderschulen	167
Realschulen und Realschulen plus	388
Gymnasien	963
Berufsbildende Schulen	283

Der Anteil der Lehramtsanwärter(innen), der das Lehramt an Realschulen (plus) anstrebt, ist inzwischen auf 16 Prozent geschrumpft. Dabei werden diese Lehrkräfte an den Realschulen plus und Integrierten Gesamtschulen dringend benötigt. Die Landesregierung ist aufgefordert, dieses Lehramt durch bessere Arbeitsbedingungen und Beförderungsmöglichkeiten attraktiver zu gestalten.

Hr/Datenquelle: StaLA, Pressemitteilung vom 12.6.2014



► **VRB BEGRÜSST NEUE ANWÄRTERINNEN UND ANWÄRTER IM STUDIENSEMINAR OBERDIEBACH**

Mut machen, statt Ängste schüren

Am 4. August 2014 stellte der VRB sich und seine Verbandspositionen den neuen Anwärterinnen und Anwärtern des Studienseminars Oberdiebach vor. Der VRB sprach den jungen Kolleginnen und Kollegen Mut zu, denn auch dank unserer Initiativen konnte erreicht werden, dass trotz rückläufiger Schülerzahlen weiterhin eingestellt wird.



Podiumsgespräch – VRB zeichnet realistisches Bild der Einstellungssituation

Vertreter von drei Gewerkschaften und Verbänden stellten ihre grundlegenden Positionen und Forderungen vor. Der

VRB war auf dem Podium durch Michael Eich vertreten. Der Vorsitzende des Bezirks Neustadt machte deutlich, dass es im Bereich Realschulen plus nach wie vor Einstellungsperspektiven gibt, und distan-

zierte sich deutlich von „Schwarzmalerei“ und dem Schüren von Zukunftsängsten. Mit den Initiativen „Arbeit statt Mehrarbeit“ und „Lehrer von der Straße holen!“ hatte unser Verband die Landesregierung beharrlich unter Druck gesetzt, die Realschulen plus und Gesamtschulen personell den Anforderungen entsprechend besser auszustatten. Es ist ein erfreulicher Erfolg, dass eine verbesserte Personalausstattung zu mehr dauerhaften Einstellungen junger Lehrkräfte geführt hat. Allerdings gibt es Fächerkombinationen, die ungünstig für eine Einstellung sind. Wer nur gesellschaftswissenschaftliche Nebenfächer unterrichten kann und darf, muss sich Gedanken über die Erlangung der Unterrichtsbefugnis für ein Hauptfach

So geht die Rechnung auf!

$$\begin{array}{r} 20/25 \\ + 24 \\ + 100\% + X \end{array}$$

Arbeit statt Mehrarbeit

Berufsperspektive

Lehrer von der Straße holen!

oder ein anderes „Mangelfach“ machen, stellte Eich klar.

Individuelle Beratung in vielen Einzelgesprächen

Den in der ersten Ferienwoche gelegenen Seminarbesuch wollten sich viele aktive VRB-Vertreter aus allen Bezirken nicht entgehen lassen. Benjamin Bajraktari, Katharina Becker, Christoph Krier, Esther Kurz, Peter Quint, Martin Radigk und Saskia Tittgen war es ein wichtiges Anliegen, für unsere zukünftigen Kolleginnen und Kollegen da zu sein und damit auch Flagge für den VRB zu zeigen. Die Anwärterinnen und Anwärter nutzen diese Gelegen-

heit zu einem persönlichen Gespräch und erkundigten sich eingehend über unsere Serviceleistungen, z. B. über Rechtsberatung, Rechtsschutz und Dienstaufpflicht. Darüber hinaus stellten unsere Ansprechpartner in den Gesprächen heraus, dass unsere bildungspolitischen Forderungen und Standpunkte aus der engen Verzahnung des VRB mit der schulischen Praxis erwachsen. Durch ihren „Ferieneinsatz“ in Oberdiebach verdeutlichten die VRB-Vertreter zudem, was unser VRB-Engagement eigentlich ausmacht: persönliche Ansprechbarkeit, kompetente Beratung und die Möglichkeit, sich einbringen zu können.

Zentrale Forderungen und Standpunkte für junge Lehrkräfte

- Der VRB fordert, dass der Anteil des eigenverantwortlich erteilten Unterrichts wieder herabgesetzt wird! Die Ausbildung junger Lehrkräfte darf nicht durch das Abschöpfen vermeintlicher Einsparpotenziale ausgehöhlt werden.
- Der VRB fordert zusätzliche Stunden für die schulische Ausbildung und Betreuung der Anwärterinnen und Anwärter. Dies würde ein engeres schulisches Mentoring ermöglichen.
- Der VRB fordert eine Erhöhung der Anwärterbezüge. Es muss endlich eine Anpassung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten erfolgen.
- Der VRB fordert für junge Lehrkräfte die dauerhafte Einstellung auf Planstelle! Wir sind gegen die Ausweitung befristeter Beschäftigungsverträge.
- Der VRB steht ohne Wenn und Aber zum Beamtenstatus für Lehrkräfte! Dieser garantiert die pädagogische Unabhängigkeit von Lehrerinnen und Lehrern.

Mitmachen lohnt sich!

Die VRB-Ansprechpartner vor Ort:

Benjamin Bajraktari
benjamin.bajraktari@vrb-rlp.de

Katharina Becker
katharina.becker@vrb-rlp.de

Michael Eich
michael.eich@vrb-rlp.de

Christoph Krier
christoph.krier@vrb-rlp.de

Esther Kurz
esther.kurz@vrb-rlp.de

Peter Quint
peter.quint@vrb-rlp.de

Martin Radigk
martin.radigk@vrb-rlp.de

Saskia Tittgen
saskia.tittgen@vrb-rlp.de



Fotos: Martin Radigk

► VRB-STELLUNGNAHME:

Änderung ausbildungs- und prüfungsrechtlicher Vorschriften für Lehrämter

Die Überarbeitung der ausbildungsrechtlichen Vorschriften wird seitens des Bildungsministeriums (MBWWK) allgemein damit begründet, dass wegen der Entwicklungen bei der Ausbildung und der Zweiten Staatsprüfung im Vorbereitungsdienst sowie bei der Durchführung der Wechselpfungen Anpassungen und Ergänzungen erforderlich geworden sind. Der Verband Reale Bildung kritisiert u.a., dass mit dem Entwurf eine Gelegenheit verpasst wurde, den eigenverantwortlichen Unterricht im Interesse der Ausbildung wieder herabzusetzen. Darüber hinaus werden den Schulen die für die in Sachen Ausbildung gestiegenen Anforderungen erforderlichen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt. Bei der Wechselpfungen fragt der VRB, warum diese innerhalb von zwei Jahren nach der Zulassung abgeschlossen sein muss.

Der Verband Reale Bildung hat zu dem Entwurf eine Stellungnahme verfasst und dem MBWWK zugeleitet. Wir berichten in Auszügen. Die vollständige Stellungnahme finden Sie auf unserer Homepage www.vrb-rlp.de.

Umgang mit versäumten Zeiten bei der Anrechnung Vorbereitungsdienstes

Für Anwärterinnen und Anwärter, die mit dem lehramtsbezogenen Bachelor- und Masterstudium für das Lehramt an Realschulen plus 270 Leistungspunkte erworben haben und denen Ausbildungszeiten im Vorbereitungsdienst zum Erreichen der 300 Leistungspunkte für den Master-Abschluss angerechnet werden, soll bei versäumten Zeiten im Vorbereitungsdienst, wie z. B. durch Krankheit, eine transparente und verbindliche Regelung geschaffen werden: „Versäumte Zeiten werden auf die Ausbildungszeit angerechnet, soweit sie für die Lehrämter an Realschulen plus und an Förderschulen 15 Tage nicht überschreiten.“

Stellungnahme des VRB: Die Ergänzung findet unsere Zustimmung.

Nachweis Rettungsschwimmerzeugnis

Laut Ministerium soll sichergestellt werden, dass alle Lehrkräfte des Faches Sport spätestens zu Beginn des zweiten Ausbildungshalbjahres über die Mindestanforderungen für das selbstständige Erteilen von Schwimmunterricht verfügen: „Sofern von Anwärterinnen und Anwärtern bei einer Fächerkombination mit dem Fach Sport nicht bereits mit der Einstellung in den Vorbereitungsdienst ein Rettungsschwimmerzeugnis (mindestens das Deutsche Rettungsschwim-

merabzeichen Bronze – Grundschein -, oder eine entsprechende gleichwertige Prüfung) nachgewiesen wurde, ist der Nachweis bis spätestens zum Beginn des zweiten Ausbildungshalbjahres der Seminarleitung vorzulegen.“

Stellungnahme des VRB: Wir begrüßen grundsätzlich die Ergänzung, da diese für Klarheit und Verbindlichkeit bezüglich der Mindestanforderungen für das selbstständige Erteilen von Schwimmunterricht sorgt. Es stellt sich uns allerdings die Frage, warum der Nachweis eines Rettungsschwimmerzeugnisses nicht als Voraussetzung für die Einstellung in den Vorbereitungsdienst verbindlich festgelegt wird.

Flexiblere Verteilung des eigenverantwortlich erteilten Unterrichts

Durch die Flexibilisierung der Verteilung des eigenverantwortlich zu erteilenden Unterrichts kann, so die Begründung des MBWWK, den Erfordernissen der Ausbildung besser Rechnung getragen werden. Darüber hinaus wird die Organisation des Unterrichtseinsatzes an den Schulen erleichtert: „für das Lehramt an Realschulen plus, an Gymnasien und an Förderschulen im ersten Halbjahr vier bis acht Wochenstunden, im zweiten und dritten Halbjahr sechs bis zehn Wochenstunden, in der Summe für die drei Halbjahre 24 Wochenstunden...“

Stellungnahme des VRB: Ob diese Flexibilisierung den Erfordernissen der Ausbildung besser Rechnung trägt, bleibt unseres Erachtens fraglich. Wir plädieren weiterhin dafür, dass während des Vorbereitungsdienstes der Ausbildungsgedanke an erster Stelle steht und der Anteil des eigenverantwortlich erteilten Unterrichts wieder herabgesetzt wird. Die jetzt vorgenommene Flexibilisierung ist nicht mutig genug. Wir fordern, die eigenverantwortlich gehaltenen Stunden der Anwärterinnen und Anwärter nicht anzurechnen und den Schulen als zusätzliche Stunden zur Verfügung zu stellen.

Teilnahme an Unterrichtsbesuchen

Hierzu äußert sich das MBWWK wie folgt: Wenn statt der mit der Ausbildung an der Schule beauftragten Person ein Mitglied der Schulleitung an den Unterrichtsbesuchen teilnehmen kann, wird die Organisation der Unterrichtsbesuche insbesondere für große Schulen mit vielen Anwärterinnen und Anwärtern erleichtert. Und: Durch den Wegfall der Obergrenze für die Anzahl der Prüferinnen und Prüfer in Unterausschüssen können insbesondere Mitglieder

der Schulleitung und die Mentorinnen und Mentoren als Prüferinnen und Prüfer in die Unterausschüsse berufen werden.

Stellungnahme des VRB: Die Anpassungen beseitigen Unschärfen der Übergangsverordnung, die im Ausbildungsverlauf zu Unsicherheiten geführt haben. Die Veränderungen schaffen Klarheit, wer an Unterrichtsbesuchen teilnehmen kann. Gerade im Falle der Verhinderung der Ausbildungsleitung ist es im Sinne kontinuierlicher schulischer Ausbildungsbeteiligung nur folgerichtig, dass auch ein Mitglied der Schulleitung teilnehmen kann.

Fristverlängerung für Wechselprüfung

Das MBWWK begründet die Ergänzung des die Wechselprüfung betreffenden Paragraphen, dass hier eine Klarstellung der Gründe für eine Fristverlängerung erfolgt und Konsequenzen eines Fristversäumnisses aufgezeigt werden: „Auf Antrag kann das Landesprüfungsamt Ausnahmen von dieser Frist zulassen oder die Frist verlängern, wenn ein wichtiger Grund vorliegt und die Lehrkraft die Verzögerung nicht zu vertreten hat. Als wichtiger Grund gilt insbesondere längere Krankheit während des Prüfungsverfahrens...“

Stellungnahme des VRB: Die Klarstellung der Gründe für eine Fristverlängerung bei einer Wechselprüfung geht nicht weit genug. Sie ist auf den Fall beschränkt, dass eine längere Krankheit während des Prüfungsverfahrens vorliegt. Es bleibt unklar, was weitere, nicht von der Lehrkraft zu vertretene Verzögerungen sind und nach welchen Maßstäben das Landesprüfungsamt letztlich über beantragte Ausnahmen von der vorgegebenen Frist befindet. Hier fordern wir die frühzeitige Einbeziehung sowohl der Betroffenen als auch der zuständigen Personalvertretung.

Wir stellen uns grundsätzlich die Frage, warum die Wechselprüfung innerhalb von zwei Jahren nach der Zulassung abgeschlossen sein muss. Nicht nur durch Krankheiten oder andere, von der Lehrkraft nicht zu vertretene Gründe kann es zu Verzögerungen kommen; die Belastungen durch eine immer größer werdende Aufgabenvielfalt im Schulalltag erschweren eine Wechselprüfung innerhalb von zwei Jahren. Unseres Erachtens ist hinsichtlich der veranschlagten Zeitdauer eine flexiblere Handhabung erforderlich und angebracht.

VRB beklagt: Weitere Ungenauigkeiten und Unschärfen nicht behoben

Weitere Ungenauigkeiten und Unschärfen wurden vor dem Hintergrund der seit 2012 gewonnenen Erfahrungen mit der Übergangsverordnung nicht behoben. Das sollte in der Endfassung nachgeholt werden. Beispiele:

- § 12 Abs. 5: Der hier verwendete Begriff „Unterrichtsmitschau“ ist unspezifisch und findet über den genannten Paragraphen und Absatz hinaus keine Anwendung.
- § 13 Abs. 3, Satz 5: Hier erreichen uns Klagen sowohl von Seiten der Auszubildenden als auch von Seiten der Ausbilder, dass die kompetenz- und kriterienorientierten Rückmeldungen nicht ohne Weiteres geeignet sind, den Anwärterinnen und Anwärtern ein klares, eindeutiges und unmissverständliches Bild über ihren derzeitigen Ausbildungsstand zu verschaffen. Hier sind valide, übergreifende Standards und Indikatoren zu den Kompetenzen zu entwickeln, wobei die Studienseminare unterstützt werden müssten. Vor allem bei der Umsetzung der Curricularen Struktur ist noch zu klären, wie die dort angesiedelten Kompetenzen überprüfbar vorangebracht werden können.
- § 13 Abs. 4: Es ist nicht plausibel, warum die Leitung bzw. die Ausbildungsleitung der ausbildenden Schule erst im zweiten Ausbildungshalbjahr ein Beratungsgespräch führen soll und nicht auch im ersten Ausbildungshalbjahr. Rückmeldungen über den Ausbildungsstand wie auch Erwartungen über die Beteiligung am schulischen Alltag könnten rechtzeitig artikuliert und per Niederschrift auch dokumentiert werden, um Missverständnisse und Fehlentwicklungen frühzeitig zu vermeiden.

Fazit: Der Verband Reale Bildung (VRB) stellt fest, dass mit der neuen Landesverordnung den Ausbildungsschulen erheblich mehr Arbeit abverlangt wird. Aus diesem Grund fordern wir mit Nachdruck, dass die Stundenanrechnung für Ausbildungsschulen angehoben und damit den neuen, zusätzlichen Anforderungen Rechnung getragen wird.



Kompletten Artikel online lesen:
www.vrb-rlp.de

Pinnwand

► **KÖRPERKULT:** Tattoos?! Wer trägt sie und wem gefallen sie?



Diese Fragen stellten sich die Forscher des Instituts für Demoskopie Allensbach und fanden heraus: Unterschiede gibt es vor allem beim Alter – aber auch zwischen den Bildungsschichten.

Der Umfrage zufolge trägt fast jeder Vierte der 16- bis 29-Jährigen ein Tattoo, rund 46 Prozent in dieser Altersgruppe finden Gefallen daran. Im Vergleich: In der Gesamtbevölkerung tragen ca. 13 Prozent eine Tätowierung (2003 waren es noch 9 Prozent) und nur 21 Prozent gefällt diese Art des Körperschmucks. Vor allem in Ost- und Westdeutschland fallen die Differenzen auf: Während in Westdeutschland jeder Fünfte 16- bis 29-Jährige tätowiert ist, sind es in Ostdeutschland mehr als doppelt so viele.

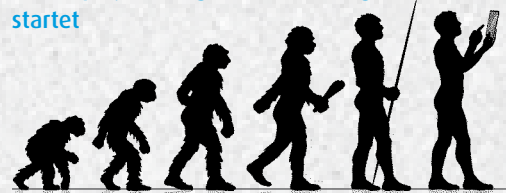
Männer dieser Altersgruppe sind seltener tätowiert als Frauen – während rund 30 Prozent der jungen, weiblichen Bevölkerung ein Tattoo tragen, sind es in der männlichen Hälfte rund 18 Prozent.

Auffallend sind besonders die Unterschiede zwischen den Bildungsschichten. Etwa ein Drittel aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einfacher Schulbildung (höchstens Hauptschulabschluss) tragen eine Tätowierung. Dagegen sind es bei (Fach-)Abiturienten um die 14 Prozent.

Befragt wurden für die Studie 1.499 Personen ab 16 Jahren in ganz Deutschland.

wü/Quelle: www.ifd-allensbach.de/studien-und-berichte/allensbacher-kurzberichte.html

► **ONLINE-LERNPLATTFORMEN:** Modellprojekt „Digitales Lernen“ gestartet



Mit dem Projekt sollen durch den Einsatz von lebensnahen und individuell angepassten Lernmodulen im Internet vor allem junge Menschen für das Weiterbildungsangebot begeistert werden. Erprobt wird das Projekt von 2014 bis 2016 u. a. von der Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz e.V. Unterstützung gibt es dabei auch vom Bildungsministerium in Form eines Landeszuschusses in Höhe von 88.000 Euro.

Durch internetbasierte Lernplattformen wird es möglich sein, die Lernmodule individuell zu nutzen, um so zum einen möglichst viele Nutzer zu ihren verschiedensten Lernstrategien erreichen zu können. Zum anderen soll ihnen die Anpassung des Lehrplans an ihre jeweilige Lebenssituation ermöglicht werden.

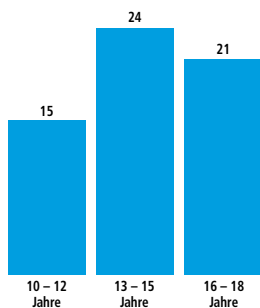
Inhaltlich zielt das Angebot vor allem auf Bereiche ab, für die bisher kaum Lernmaterialien in gedruckter Form erhältlich sind, wie beispielsweise Rhetorik und Kommunikation oder Weiterbildung von Weiterbildungnern. Es geht dabei aber auch darum, soziale Kompetenzen wie Eigenverantwortung und Selbstständigkeit zu stärken. Große Bedeutung komme dem sicheren Umgang mit modernen Kommunikations- und Informationstechnologien zu, denn dieser sei, so Bildungsministerin Doris Ahnen, „eine wichtige methodische Schlüsselqualifikation in jedem Bereich von Wirtschaft, Arbeitswelt und gesellschaftlichem Leben.“

wü/Quelle: Newsletter Staatskanzlei
13.8.2014

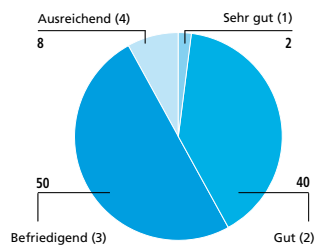
Hr/Quelle: Die Welt vom 5.7.2014

So viele Schüler erhalten Nachhilfe

Umfrageergebnisse in Prozent



Nach Notendurchschnitt der Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch (Befragte zwischen 10 und 18 Jahren)



Quelle: Betriebsmann Verlag

► **NACHHILFE:** Zusammenfassung der Kernaussagen

Ein Viertel der Jugendlichen zwischen 13 und 15 Jahren bekommt Nachhilfe, d. h.

- die Schule kann die individuelle Förderungsmangels entsprechender personeller Ausstattung nicht leisten oder
- die Eltern haben für ihre Kinder eine falsche (überfordernde) Schullaufbahn gewählt oder
- die Nachhilfe dient nur der Beruhigung der Eltern und ist eigentlich überflüssig.

Über neun Zehntel der Schüler mit Nachhilfe haben im Durchschnitt der Fächer Deutsch, Englisch und Mathematik die Note befriedigend oder besser, d. h. deren Versetzung ist nicht gefährdet. Die Werbung der „Nachhilfe-Industrie“ konstruiert offenbar künstlich einen Bedarf.

► PLÄDOYER FÜR MUSISCHE FÄCHER

Muße für die Musen



erreichen, kosten Zeit, die zum Aufbau eines motivierenden Lernklimas fehlt. Ständiger Druck – verbunden mit Zukunftsängsten – lähmt das Denken und bremst Leistung aus, denn zum Lernen benötigt man Ruhe und Zeit. Ein Buch zu lesen, es durchzuarbeiten und sich darüber auszutauschen, erfordert Zeit, viel Zeit.

Zeit muss auch übrig sein für Museums- und Konzertbesuche sowie für eigenständiges künstlerisches Schaffen in der Schulgemeinschaft. Der gesamte literarisch-musisch-ästhetische Bereich schreit geradezu nach Entschleunigung. Eine Schultheateraufführung vorzubereiten und schließlich die Begeisterung bei der Realisierung zu erleben, ist wertvolles Lernen, das in einer Unterrichtssituation nie erreicht werden kann. Wenn pädagogisch wertvolle Schulveranstaltungen wie Klassenfeste, Schulfahrten, Projektwochen und Konzertaufführungen an der Schule nicht mehr als Bereicherung des Schulalltags, sondern als Störung bei der Hetzjagd nach optimalen Beurteilungen empfunden werden, spricht das nicht für ein positives Schulklima. Gerade bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen zeigen Schüler, von denen man es nicht erwartet hat, die erstaunlichsten Fähigkeiten. Der Wert eines Schülers darf nicht lediglich über dessen Verwertbarkeit für das Arbeitsleben definiert werden.

„Der ‚Verband Reale Bildung‘ steht für eine an der Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler orientierten, vielseitigen und ganzheitlichen Bildung.“ (Pressemitteilung

zur Umbenennung des Verbandes

vom 20. März 2014). Diese Festlegung stellt sicher: Obwohl der Verbandsname eine Fokussierung auf die „Realien“, also die Naturwissenschaften und die lebenden Sprachen nahelegt, wird die Bedeutung der musisch-künstlerischen Fächer für eine ganzheitliche Bildung im VRB nie verkannt.

In Anbetracht der wachsenden Zahl von Vergleichstests muss davor gewarnt werden, die Arbeit der Schulen nur noch unter dem Aspekt der „Verwertbarkeit“ des Gelernten für Studium und Arbeitswelt zu sehen. Die Qualität einer Schule darf nicht ausschließlich an abfragbarem Faktenwissen in „pisa-tauglichen“ Fächern „gemessen“ werden. Schulen müssen ihre Aufgabe in der Vermittlung einer umfassenden und nachhaltigen Allgemeinbildung sehen. Dabei spielen die musischen Fächer eine bedeutende Rolle.

Zeit für die Persönlichkeitsentfaltung

Die Schulstrukturdebatten, die Diskussionen um die „richtigen“ Bildungsstandards und der Druck, für alle möglichst das „allein selig machende“ Abitur zu

Kulturelle Bildung muss Schulalltag bleiben

Wenn Schulen aufgrund eines Mangels an Lehrkräften die musischen Fächer nicht in ausreichendem Umfang anbieten können, gibt es seltener protestierende Eltern, als bei einem Ausfall in Mathematik oder Englisch. Zum Trost wird dann oft auf außerschulische Möglichkeiten in Vereinen hingewiesen. Jedoch ist die Schule der einzige Ort, an dem kulturelle Bildung tagtäglich stattfindet und alle Kinder und Jugendliche – unabhängig von ihrer sozialen, ökonomischen oder kulturellen Herkunft – in hoher Qualität erreicht.

Die Forderung an die Politik muss daher lauten: Mehr Muße für die Musen! Und dafür braucht es eine ausreichende Versorgung mit Fachlehrern und ausreichend viele Stunden für Arbeitsgemeinschaften, die nicht als stille Vertretungsreserve genutzt werden dürfen.



► VORSICHT GLOSSE!

„Paradigmenwechsel treiben Forschung voran“

Interview mit Prof. Dr. Robert Dorian Pracht

Reale Bildung: Herr Professor, kürzlich hat die pädagogische Forschung überraschend das bahnbrechende Forschungsergebnis verkünden können, dass die Lehrerpersönlichkeit und das Classroom Management die wichtigsten Faktoren schulischer Vermittlungstätigkeit sind. Wie ist dieser Erkenntnis-Quantensprung zu erklären?

Robert Dorian Pracht: Wie Sie wissen, haben Paradigmenwechsel eine wichtige Funktion. Sie treiben Forschung weiter. Natürlich kommt es nicht von ungefähr, dass eine solch überwältigende wissenschaftliche Erkenntnis gerade in unserer Zeit aufschlägt. Noch vor zehn Jahren, einer dem vorwissenschaftlichen, dem magisch-mythischen pädagogischen Denken verhafteten Zeit, war eine solche Erkenntnis nicht möglich. Dazu brauchte es zum einen einen ordentlichen Etat, der es erlaubte, solch kühne Gedanken zu denken und zum anderen Supercomputer, um die Fülle der vorhandenen Daten auszuwerten. Nun – Gott sei Dank – war die Zeit dafür reif.

Reale Bildung: Damit wird natürlich der wissenschaftliche Anspruch in ungeahnte Sphären gehoben. Ist denn darüber hinaus noch wissenschaftlich-pädagogische Erkenntnis möglich? Könnte es sein, dass Sie demnächst auch noch Klassenmesszahlen als wichtige Größe entdecken oder dass die Qualität schulischer Abschlüsse mit den Kenntnissen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler, die diese Abschlüsse erwerben, korreliert?

Robert Dorian Pracht: Wir können gespannt sein. Zurzeit ist Vieles

in Bewegung. Und keine Trivialität ist zu gering, um nicht in den Fokus unserer Forschung zu geraten. Dies bleibt nicht ohne Spuren. So glauben wir, dass sowohl Landesregierungen als auch die pädagogische Forschung bei der Elternpartizipation und anderer den Schulerfolg bestimmender Parameter viel zu kurz gesprungen sind. Außer einer stärkeren Beteiligung der Eltern, der Einführung von Lehrer-Eltern-Schülergesprächen und Elternfortbildungen hat sich wenig Entscheidendes getan. Wir sehen hier erheblichen Handlungsbedarf.

Reale Bildung: Können Sie das etwas näher erläutern? Es ist doch ganz gut so, dass die Elternbeteiligung und die Elternrechte gestärkt wurden.

Robert Dorian Pracht: Einen entscheidenden Schritt ist man leider nicht gegangen. Als Pädagoge und Demokrat gehen mir die Elternrechte und die Beteiligungsrechte der Schülerinnen und Schüler nicht weit genug. Nehmen Sie z. B. die Klassenarbeiten: Jede Lehrkraft sollte am oberen Rand von Klassenarbeiten eine Rubrik vorsehen für die „(Wunsch)Note der Eltern“ und die „(Wunsch)Note der Schülerin/des Schülers“. Die Klassenarbeit ist vor der Korrektur der Schülerin/dem Schüler mit nach Hause zu geben. Eltern und Schüler tragen dann als Noten Nr. 1 und 2 ihre (Wunsch)Note ein. Die Beurteilung der Lehrkraft ist natürlich auch nicht unwichtig. Sie erteilt eine dritte Note.

Ministerien haben immer einen großen Gestaltungsspielraum: So könnten sie in einer optimierten Schulordnung die beste der drei Noten gelten lassen oder unterschiedliche Gewichtungen der drei Noten (Schüler, Eltern, Lehrer)

ermöglichen. Oder sie könnten über sich hinauswachsen, indem sie verfügen, dass ein Mittelwert aus den Schüler- und Elternnoten gebildet wird und die Lehrkraft auf die Erteilung einer Note verzichtet; schließlich kennen die Eltern ihr Kind und der Schüler sich selbst am besten.

Außerdem würde damit Berücksichtigung finden, ob die Schülerin/der Schüler an diesem Tag unpässlich war oder in den Tagen vor der Klassenarbeit vorrangig wesentlichere Dinge zu verfolgen hatte. Dies lässt sich analog auch auf die gesamte Notengebung, und vor allem auch auf die Zeugnisnoten übertragen. All dies würde zu einer stärkeren Demokratisierung von Schule führen, und in einer Art Quantensprung auch die Zahl der Abiturienten steigern.

Wir sollten kühn denken, nicht provinziell! Vielleicht wäre es mit diesen Maßnahmen sogar möglich, von der OECD ein Fleißkärtchen zu bekommen, zumindest ein Smiley.

Reale Bildung: Herr Professor, Ihr Denken kann einem den Atem rauben. Welche Chancen, welche Entwicklungsmöglichkeiten tun sich hier auf. Das Adjektiv „kühn“ umschreibt Ihr Denken nur sehr unvollkommen. So viel Weitblick – so klare Konturen – so viel positives Denken! Leider wird es noch mindestens zwei oder drei Jahre brauchen bis Ihre Gedanken sich in den Köpfen festgesetzt haben. Aber dann ...!! Wir sind gespannt, was Sie als Nächstes zum Wohl der Menschheit ersinnen. Ich darf Ihnen schon jetzt danken und freue mich auf unser nächstes Gespräch. Sicher haben Sie dann weitere Überraschungen für uns parat.

Das Gespräch führte P. Gloss

Fortbildung der örtlichen Personalräte



Etwas mehr als 40 Vertreter örtlicher Personalräte nahmen an der Schulungsveranstaltung des VRB-Bezirksverbands Koblenz in Waldesch teil und wurden zum einen zu grundlegenden Inhalten der Personalratsarbeit geschult und zum anderen über das Betriebliche Eingliederungsmanagement an Schulen (BEM) informiert.

Zu Beginn der Schulung wurden die Anwesenden von Wilfried Rausch (HPR RS plus) über die Grundsätze der Freistellungen und über das neue Landesreisekostengesetz informiert. Bengjamine Bajraktari (BPR RS plus) referierte über die allgemeine Lehrerversorgung mit Blick auf den demografischen Wandel und ging dabei besonders auf die Schwerpunkte Versetzungsproblematik, Einstellungen, Vertretungspool und Vertretungsverträge ein.

Da sich der Teilnehmerkreis aus sehr erfahrenen und auch neu gewählten Kolleginnen und Kollegen zusammensetzte, thematisierte der Bezirksvorsitzende Timo Lichtenthäler (HPR RS plus) die Beteiligungsrechte des ÖPR und übte exemplarisch den Umgang mit dem Landespersonalvertretungsgesetz Rheinland-Pfalz.

Nach dem Mittagessen referierten auf Einladung des VRB Stephan Unterkeller (MBWWK Mainz) und Univ.-Prof. Dr. med. Dirk-Matthias Rose (Institut für Lehrergesundheit Mainz) zum Thema Betriebliches Eingliederungsmanagement an Schulen (BEM) und fokussierten dabei vor allem die Rolle örtlicher Personalvertretungen.

Eine sehr interessante Fragerunde beschloss dann eine wie gewohnt aktive und gewinnbringende Personalratesschulung.



Fotos: VRB



Bezirk Neustadt

Fortbildung der örtlichen Personalräte

Der Einladung nach Mutterstadt waren 40 Mitglieder örtlicher Personalräte aus ca. 26 Schulen des Bezirkes gefolgt.

Zum Thema ‚Mitwirkungsrechte des Personalrates‘ referierten Regina Bollinger und Saskia Tittgen.

Sie informierten über das Wächteramt des ÖPR (§§ 67 und 69 LPersVG) und die daraus abzuleitende Informationspflicht der Schulleitung. Örtliche Personalräte müssen sich der im Landespersonalvertretungsgesetz garantierten Rechte bewusst sein, um diese im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Wohle der an der Dienststelle beschäftigten Lehrkräfte wahrzunehmen.

Fragen zum Landesreisekostengesetz beantwortete Martin Radigk durch seinen Vortrag. Beschäftigte des Landes können ihre Reisekosten, die bei von der Dienststellenleitung genehmigten Dienstreisen anfallen, entsprechend den Bestimmungen des LKKG geltend machen.

Andreas Hinrichs stellte die Handreichung des MBWWK zum BEM (Betriebliches Eingliederungsmanagement) vor. Rückkehrern aus längeren Phasen der Erkrankung wird das Angebot eines BEM gemacht. Sie erhalten Unterstützung durch die Zusammenarbeit der Schulleitung mit dem IfL (Institut für Lehrer-gesundheit).

Die Veränderungen der Schulstruktur im Bezirk Neustadt, bedingt durch den demografischen Wandel, wurden den Kollegen in den örtlichen Personalräten durch Regierungsschuldirektor Ralf Schaubhut, ADD Außenstelle Neustadt, plastisch vor Augen geführt. Er stellte auch die Leitlinien des MBWWK für ein wohnortnahes Angebot an Realschulen plus vor.



Regina Bollinger und Andreas Hinrichs: unsere VRB-Vertreter im BPR und HPR Integrierte Gesamtschulen



Fotos: Wünschel



Martin Radigk
martin.radigk@vdr-rlp.de

Werke des Berliner Impressionismus begeistern

In der Max-Slevogt-Galerie im Edenkobener Schloss Villa Ludwigshöhe nahmen rund 20 Kolleginnen und Kollegen an einer VRB-Führung durch die Ausstellung: „Berliner Impressionismus. Werke der Berliner Secession aus der Nationalgalerie Berlin“ teil.

Die Secession wurde 1898 von Künstlern gegründet, deren Werke nicht den Vorstellungen der Jury der Berliner Akademie-Ausstellung entsprachen und deshalb nicht zu den großen Kunstausstellungen geladen wurden. In kleinen Ausstellungen präsentierten sie ihre Kunst in eigener Regie. Ein gutes Jahrzehnt später war ihre Kunst anerkannt, erklärte die Kunsthistorikerin Dr. Ingrid Vetter.

In der Ausstellung wurden u. a. Bilder von Max Slevogt, Max Liebermann, Wilhelm Trübner,

Lovis Corinth, Lesser Ury und Walter Leistikow präsentiert und von der Kunsthistorikerin umfassend erläutert. Max Slevogt, besonders durch seine stimmungsvollen Landschaftsbilder der Pfalz bekannt, wird in dieser Ausstellung als Berliner Secessionist beleuchtet.

Im Anschluss an den Besuch der Ausstellung haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Eindrücke im Schloss-Café Ludwig nachklingen lassen und sich im Gespräch ausgetauscht.



Foto: Wünschel



► FORTBILDUNGSHINWEIS

Museum als außerschulischer Lernort

Der VRB-Bezirksverband Neustadt bietet in Kooperation mit den Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim in der Reihe „Museum als außerschulischer Lernort“ eine Fortbildungsveranstaltung an, und zwar am Freitag, den 20. Februar 2015.

Ägypten – Land der Unsterblichkeit

Programmabfolge:

09.30 Uhr: Anreise

09.45 Uhr: Begrüßung und Einführung in die Ausstellungsthematik

10.30 – 13.00 Uhr: Führung durch die Ausstellung

13.00 – 13.30 Uhr: Mittagspause

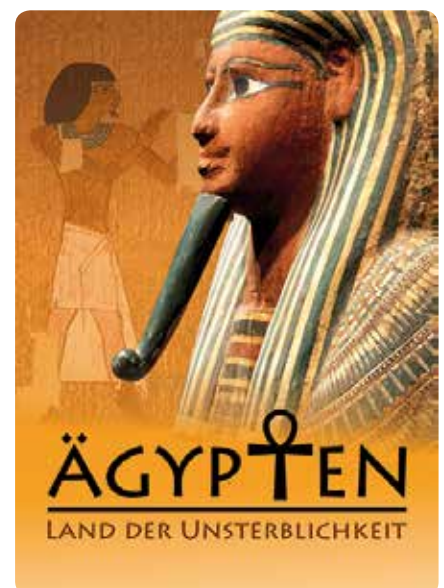
13.30 – 14.30 Uhr: Vorstellung des Begleitprogramms und Diskussionsrunde: „Museen als außerschulischer Lernort“

14.30 – 15.00 Uhr: Abschlussbesprechung; anschließend Möglichkeit eines individuellen Ausstellungsbesuch

Teilnehmen können alle Lehrkräfte mit den Unterrichtsfächern Geschichte, Kunst, Geographie, Religion und Philosophie der SI und SII.

Die Veranstaltung ist als dienstlichen Interessen dienend anerkannt. Somit besteht für die Teilnehmer Anspruch auf Freistellung vom Unterricht und Versicherungsschutz. Anmeldeformulare sind den Schulen zugegangen bzw. auf unserer Homepage Bezirksverband NW zu finden.

Bitte melden Sie sich damit an – wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!



Bezirk Trier

Bezirksvorstand Trier im Gespräch mit der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer

Im Juni trafen sich der Bezirksvorstand Trier – unterstützt vom VRB-Landespressesprecher Wolfgang Häring – mit Günther Behr (Geschäftsbereich Ausbildung, HWK Trier) und Marcus Kleefisch (Geschäftsbereich Ausbildung, IHK Trier) zu einem interessanten bildungspolitischen Gespräch.

Im Mittelpunkt des Austauschs stand die gegenwärtige Situation der Realschule plus und der Integrierten Gesamtschule mit besonderem Blick auf die Berufsorientierung. Sowohl der Verband Reale Bildung als auch die beiden Kammern sehen es als erforderlich an, dass Unterricht, der auf der Idee der Realen Bildung beruht, in besonderer Weise auf die Berufswelt und auf praxisorientierte Studiengänge vorbereitet.

Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft stärken

Wolfgang Häring betonte, dass Reale Bildung die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft fördert und junge Menschen befähigt, in der Welt von heute und morgen verantwortungsvoll mitzuwirken. Günther Behr wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Bildungsabschlüsse nicht entwertet werden dürfen. Wichtig sei in diesem Zusam-



menhang, bei Schülern wie auch Eltern ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Handwerksberufe inzwischen sehr viel technisches Grundlagenwissen erfordern, andererseits aber auch viele Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung bieten.

Inklusion als große Herausforderung

Einig waren sich alle Gesprächsteilnehmer darüber, dass die Inklusion für die Realschulen plus und die Integrierten Gesamtschulen eine große Herausforderung darstellt und die vorhandenen Ressourcen nicht ausreichen. Die Grundausstattung an sonderpädagogischer Kompetenz

muss stark angehoben werden. Vor allem Brennpunktschulen benötigen mehr personelle Ressourcen.

Die Kammern und der Verband Reale Bildung werden sich weiterhin regelmäßig über alle schulpolitischen Themen austauschen, bei denen sich die Arbeit der Kammern und die der Schulen berühren.



Peter Quint
peter.quint@vrb-rlp.de

VRB trauert um Realschulrektor i. R. Irmund Becker †

Am 12. Mai 2014 verstarb im Alter von 80 Jahren Irmund Becker, der über 40 Jahre dem Verband angehörte und ein gern gesehener Mitstreiter bei verschiedenen Verbandsaktivitäten war. Irmund Becker leitete die Realschule Morbach von 1979 bis 1997 mit großem pädagogischem Geschick. Im Kollegium sowie bei Schülern und Eltern war der Verstorbene in seiner verständnisvollen menschlichen Art beliebt und geschätzt. Auch während seines Ruhestandes blieb Herr Becker der Schule und dem Verband verbunden. Wir werden dem verdienten Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

VRB trauert um Karin Mitbach †

Plötzlich und unerwartet verstarb am 17. Juli 2014 Karin Mitbach im Alter von 58 Jahren. Ihr Tod hat die Schulgemeinschaft der Realschule plus Saarburg sehr getroffen. Karin Mitbach unterrichtete die Fächer Deutsch und Englisch und wurde bei Schülern und Kollegen für ihre große Fachkompetenz sehr geschätzt. Wenn eine helfende Hand in der Schule gebraucht wurde, war sie stets dabei. Wir danken Karin Mitbach für über 30 Jahre Verbandszugehörigkeit und werden sie in guter Erinnerung behalten.



Foto: www.fotolia.de

Bezirk Trier

100. Geburtstag

Karl Denkel 18. Dezember

92. Geburtstag

Jula Scholzen-Gnad 31. Dezember

91. Geburtstag

Leo Michels 13. September

87. Geburtstag

Horst Faust 26. November

81. Geburtstag

Hartmut Konz 19. September

Bernhard Heisig 3. November

78. Geburtstag

Hans Thielen 4. Oktober

Eduard Gerten 13. Oktober

Berthold Becker 14. Dezember

77. Geburtstag

Herman Erschens 12. September

Gerd Leibenguth 22. Oktober

Heinz-Albrecht Becker 16. Dezember

76. Geburtstag

Hans Jung 28. Oktober

75. Geburtstag

Paul Schwab 1. Oktober

Friedel-Norber Müller 20. November

74. Geburtstag

Ilse Becker 9. September

72. Geburtstag

Carola Stern-Gilbaya 24. September

71. Geburtstag

Gerd Schwerdtner 21. Oktober

Enno Harms 19. Dezember

70. Geburtstag

Ilka Backes 18. Oktober

Haben wir jemanden vergessen? Bitte entschuldigen Sie unser Versehen – wir sind dankbar für Ihren Hinweis.

Bezirk Neustadt

94. Geburtstag

Peter Nußbaum 16. Dezember

88. Geburtstag

Walter Kallenbach 25. Dezember

87. Geburtstag

Inge Pieroth 19. Oktober

85. Geburtstag

Wolfgang Panzer 16. Oktober

84. Geburtstag

Gerda Erbacher 17. September

Günther Kohl 22. Oktober

82. Geburtstag

Rudolfine Zehetner 21. Dezember

80. Geburtstag

Johannes Hoffmann 11. Oktober

Reinhold Glock 2. Dezember

79. Geburtstag

Herbert Grunwald 29. Oktober

Heribert Brechter 4. November

77. Geburtstag

Klaus Kiefer 4. Dezember

Oskar Francke 21. Dezember

75. Geburtstag

Gert Hörner 15. September

Johannes G. Kretkowski 30. September

74. Geburtstag

Wiltrud von Scharpen 10. September

Wolfgang Friebe 24. September

73. Geburtstag

Erika Ellrodt 25. Oktober

Hildegard Lee 3. November

Christel Greiner 28. November

Ulrike

Reuter-Schneider 8. Dezember

72. Geburtstag

Werner Schmitt 16. September

Hermann Martin 26. September

Horst Korber 28. September

Irmela Schamp 8. Oktober

Ingrid Gärtner 11. Oktober

Rita

Alterauge-Asmuth 23. Oktober

Walter Frank 23. Oktober

Uta Walter 4. November

Ingrid Drewing 12. Dezember

Heidi Ackermann 30. Dezember

71. Geburtstag

Otto Hauck 12. Dezember

70. Geburtstag

Renate Auerbach 4. September

Hiltrud Lorenz 6. September

Bezirk Koblenz

86. Geburtstag

Luise Löwer 25. Oktober

79. Geburtstag

Hiltrud Schumacher 21. September

Luise Tonn 26. November

Klaus-Peter Wyrwoll 27. November

78. Geburtstag

Günter Tretschok 12. Dezember

77. Geburtstag

Edwin Langer 2. Oktober

75. Geburtstag

Jürgen Helbach 15. Oktober

74. Geburtstag

Alois Kurth 29. September

Wolfgang Kaiser 30. November

73. Geburtstag

Hanns-Jürgen Meurer 27. Oktober

Renate Schulze 8. November

Ernst Schäfer 10. November

Winfried Schley 11. Dezember

72. Geburtstag

Heinz Georg Lipp 3. September

Ingrid Seume 3. Oktober

Rolf Monnerjahn 28. Oktober

Hans-Jürgen Reihls 16. November

71. Geburtstag

Dorothee Frey 10. September

Gunhild

Schulte-Wissermann 22. Oktober

Bernd Kreuzer 14. November

70. Geburtstag

Wolfgang Redwanz 15. September

Brigitte Hirsch 22. September

Hans-Toni Kollig 4. Oktober

Ilse Ehret 11. Oktober

Gerhard Schäfer 27. Oktober

„Ich werde weiter Stellung beziehen und Klartext reden!“

Wilfried Rausch als Schulleiter und als Mitglied des HPR verabschiedet

Wilfried Rausch, stellvertretender VRB-Vorsitzender, verabschiedete sich am Ende des letzten Schuljahres aus dem Schuldienst und aus seiner Tätigkeit im Hauptpersonalrat. Als stellvertretender Landesvorsitzender wird er jedoch weiterhin die Interessen der Lehrerschaft vertreten und bei der Gestaltung der Schulpolitik mitwirken.

Seit 2005 gehörte Wilfried Rausch dem Hauptpersonalrat an. Bis 2009 war er stellvertretender Vorsitzender des HPR Realschulen und Duale Oberschulen, von 2009 bis 2013 dann Vorstandsmitglied im HPR Realschulen plus. Seine dritte Amtszeit ab 2013 endete mit Ablauf des letzten Schuljahres, zeitgleich mit seinem Ausscheiden aus dem Schuldienst.

Wilfried Rausch war bei den Personalratswahlen zweimal Spitzenkandidat unseres Verbandes und wiederholt Vorsitzender des HPR-Wahlvorstandes Realschule bzw. Realschule plus. In den letzten zehn Jahren leitete er zahlreiche Personalrats- und Wahlvorstandsschulungen.

Seine Fachkompetenz, seine Verlässlichkeit, sein politischer Weitblick und sein Verhandlungsgeschick sowohl in Gremien als auch mit Institutionen hoben in ihren Würdigungen der HPR-Vorsitzende Johannes Müller und für das Ministerium Herbert Petri in wertschätzenden Worten besonders hervor.

VRB-Landesvorsitzender Bernd Karst würdigte Wilfried Rausch als Brückenbauer: „Er hat das große Talent, immer wieder Brücken zu bauen – im HPR, im Verband, in der Schule. Wilfried Rausch ist stets ein Vorbild an Pflichtauffassung, Einsatzbereitschaft und Fairness. Besonders schätzen wir seinen taktvollen Umgangsstil. Er besitzt Organisationstalent und Redegewandtheit. Er hat ein treffsicheres Gespür für das Wesentliche. Seine Arbeit ist exakt und schnörkellos.“

Wilfried Rausch bleibt der Schul- und Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz weiterhin verbunden. Seine Abschiedsworte klangen letztlich auch wie energische Zielvorgaben mit Blick nach vorne: „Mein Ausscheiden aus dem Hauptpersonalrat bedeutet nicht das Ende meiner Interessenvertretung für die Lehrkräfte. Ich werde durch meine Verbandstätigkeit in der Funktion des stellvertretenden Landesvorsitzenden weiter die Schulpolitik verfolgen, Stellung beziehen und Klartext reden. Insbesondere werde ich aufmerksam die Entwicklung der neuen Schulart Realschule plus und im Besonderen der Inklusion verfolgen. Der Reformprozess ist noch nicht vollendet. Er zielte darauf, demografie-feste Schulstrukturen zu schaffen. Dieses Ziel wird mit den vorgegebenen bzw. umgesetzten Maßnahmen nicht zu erreichen sein. Insbesondere gilt es für die neue Schulart Realschule plus weitere struktursichernde Maßnahmen zu ergreifen, wie z.B.



Von der Schulgemeinschaft Altenkirchen wurde Wilfried Rausch zusammen mit seiner Frau Ingeborg bei der Abschiedsfeier in ein besonderes Licht gesetzt. Bezirksvorsitzender Timo Lichtenthäler (li.) und Landesvorsitzender Bernd Karst (re.) überbrachten für den Verband Reale Bildung beste Wünsche.

Foto: Wünschel

die Absenkung der Klassenmesszahl ab der Klassenstufe 7, die die Realschule plus im Wettbewerb mit Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen stärken werden.“



Wolfgang Wünschel
wolfgang.wuenschel@
vrb-rlp.de

► GESCHWISTER-SCHOLL-REALSCHULE PLUS ANDERNACH

Margit Lenarz als Konrektorin verabschiedet

Kurz vor Ende des letzten Schuljahres wurde Margit Lenarz in einer bewegenden Feier durch das Kollegium und langjährige Weggefährten in den Ruhestand verabschiedet.

Seit 1988 ist Margit Lenarz Mitglied im VRB und hat in dieser Zeit in den unterschiedlichsten Funktionen die Verbands- und Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz in allen ihren Facetten erlebt und vor allem aktiv begleitet.

Viele Jahre hat sie sich in der Bezirkspersonalarbeit für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen eingesetzt und deren Interessen vertreten.

Innerhalb des Verbandes arbeitet sie heute noch als Pensionärsbetreuerin im Bezirksvorstand Koblenz mit, den sie lange Zeit als Bezirksvorsitzende selbst leitete, nachhaltig prägte und ausgestaltete.

Für dieses ehrenamtliche Engagement zollt ihr der Bezirks- und der Landesvorstand Respekt und Wertschätzung.

Abschließend möchte ich mich persönlich herzlich bei Margit Lenarz bedanken. Sie hat mich von Beginn an bei der Übernahme von Aufgabenfeldern für die Bezirksvorstandsarbeit unterstützt. 2009 hat Margit Lenarz dann die Verantwortung für den Bezirk Koblenz an mich weitergegeben.



Timo Lichtenthäler
timo.lichtenthaeler@
vrb-rlp.de



► LESERBRIEFE

An die Redaktion „Reale Bildung in Rheinland-Pfalz“ Rückmeldung zum Artikel „Leserechtschreibschwäche (LRS): Professionalisierung erforderlich“

Sehr geehrter Herr Eich,

habe gerade die VRB-Zeitschrift erhalten und mit großem Interesse den o. g. Artikel gelesen. Ich kann ihn voll unterschreiben!

Eine solche „Pionierarbeit“ habe ich im letzten Schuljahr mit meinem 5. Sj. ebenfalls geleistet, nachdem ich eine „Odyssee“ nach diagnostisch aussagekräftigem Material hinter mir hatte. In diesem Zusammenhang führte ich auf Hinweis eines Kollegen aus dem Saarland die „Münsteraner Rechtschreibanalyse“ der Universität Münster (...) durch, den ich persönlich für sehr gut halte. Er bietet gegen

Aufpreis sogar gezieltes Fördermaterial für Kleingruppen und für die einzelnen Schüler an.

Ich konnte aufgrund der Ergebnisse nicht nur besser bei den Eltern argumentieren, sondern die Eltern auch abgerundet durch meinen persönlichen Eindruck sehr gut an individuell passenden Stellen - auch selbst recherchiert - zur weiteren Diagnostik weiterleiten. Mit gutem Erfolg, der sich auch positiv auf die individuelle Persönlichkeitsentwicklung ausgewirkt hat!

Leider wurde dieser Weg als zu aufwendig vom Orientierungsstufenleiter verworfen und „ein hausgemachtes Testkonzept“

von Kollegen entwickelt (Reliabilität, Validität?). Der Zeitaufwand war in der Tat immens, aber auch weil es eben echte „Pionierarbeit“ war. Und daher wäre meine Bitte im Anschluss an Frau Wickels Wunschliste eine angemessene zeitliche Entlastung für durchführende Kollegen/-innen (...).

Bei Interesse möchte ich Sie aufs Internet verweisen. Die Universität Münster bzw. die Mitarbeiter von Prof. Schönweiss schicken auch gern Material.

Mit freundlichen Grüßen

(Name der Verfasserin ist der Redaktion bekannt)


 KlarText!

Herausforderung Migration – an die Zuständigen!

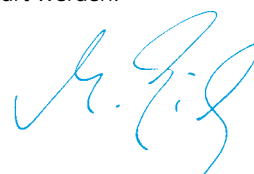
„Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes Land. Alle Menschen, die zu uns kommen – mit welchem kulturellen Hintergrund auch immer – sind herzlich willkommen“, heißt es auf der Homepage des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (MIFKJF). So ist das, so soll das sein und so muss es auch bleiben. Es gilt, was die Berliner Staatsministerin Özkoğuz gesagt hat: „Deutschland ist ein Einwanderungsland“. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration bringt letztlich nur auf den Punkt, was in unserer Gesellschaft inzwischen Konsens ist. Das ist ein Kapital, das nicht leichtfertig verspielt werden darf, denn angesichts der vielen wirtschaftlichen Krisen, kriegerischen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen wird es eine Zunahme der Flüchtlingsströme geben. Erfolgreiche Zuwanderung, verstanden als Integration im Sinne von Teilhabe und Partizipation, ist kein Selbstläufer. Noch heute belasten uns Versäumnisse der Vergangenheit und auch für die Zukunft sind längst nicht alle Weichen richtig gestellt, wie es uns der „Bericht zur Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ bescheinigt.

Schulen und Lehrkräfte stellen sich dieser Herausforderung und nehmen ihre Verantwortung an, genau wie es das rheinland-pfälzische Integrationskonzept aus dem Jahr 2006 vorsieht. Wir sind jetzt aber im Jahr 2014, und bereits 2013 stieg der Anteil der Zuwanderung aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz um etwa 12 % gegenüber dem Vergleichsjahr 2004 an. Der Bund rechnet für das Jahr 2014 mit 200.000 Asylanträgen, das sind rund 70.000 mehr als noch 2013. Dies alles macht deutlich, dass wir es mit einer neuen Qualität in Sachen Zuwanderung zu tun haben. Das Land Rheinland-Pfalz bietet bereits Möglichkeiten, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu fördern. So weit, so gut. Angesichts der Dimension, die Zuwanderung annimmt, treten aber ganz neue Fragen auf: Wie werden die Schulen entlastet, die mitten im Schuljahr Flüchtlingskinder aufnehmen? Reicht der Pool für Sprachfördermaßnahmen noch aus? Wie gelingt die geforderte Sprachförderung in allen Unterrichtsfächern? Gibt es flächendeckend Deutsch-als-Zielsprache-

Fortbildungen? Wie können Schulen ihre Erfahrungen und Expertisen austauschen? Wie gehen wir mit Kindern um, die durch Kriegserlebnisse traumatisiert wurden? Wer bezahlt mittellosen Flüchtlingskindern die DaZ-Bücher?

„Viele dieser Fragen sind längst beantwortet!“, wird es jetzt vermutlich heißen. Man müsse sich halt über die Zuständigkeiten informieren. Ja, Rheinland-Pfalz ist ein vorbildlich verwaltetes Land, bei dem die Zuständigkeiten klar verortet werden können: Sie liegen grundsätzlich bei den anderen. Die Kommunen verweisen auf das Land, das Land verweist auf die Kommunen. Alle wollen, dass Integration gelingt, aber wenn es um die Kosten geht, erklärt man sich für – bedauerlicherweise – nicht zuständig. „Migration eignet sich nicht für Zuspitzung, gelingende Integration ist zuallererst eine Frage der Haltung!“, mag jetzt die eine oder der andere Betroffene einwerfen. Wir kennen alle diese Abwehrreflexe, sie begegnen uns – zuletzt beim Megathema „Inklusion“ – immer wieder. Der Sache ist diese Haltung nicht dienlich. Von Schulen wird auch beim Thema Migration immer mehr verlangt, aber wie so oft bleibt die konkrete Unterstützung weit hinter den Erfordernissen zurück.

KlarText: Das Beteuern der Nichtzuständigkeit ist nichts anderes als das Abwälzen von Verantwortung. Die politisch Verantwortlichen glauben immer noch, ihren Beitrag zum Gelingen von Integration mit der Forderung nach einer „gelebten Willkommenskultur“ und der Beschwörung der „Notwendigkeit der Weiterentwicklung einer Pädagogik der Vielfalt“ geleistet zu haben. Das ist vielleicht der eigenen Selbstvergewisserung dienlich, Schulen, Lehrkräften und den Zugewanderten hilft es aber nicht weiter, wenn sich die politische Unterstützung nur auf das Appellative beschränkt. Ein Scheitern der Integration können wir uns nicht leisten. Es wird also höchste Zeit, dass die Zuständigkeiten rasch geklärt werden.





Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.

Erziehungsoffensive – Wir lassen nicht locker!

Fridtjof-Nansen-Akademie Ingelheim • Donnerstag, 5. März 2015

Programm

- 9.00 Uhr Stehkafee
- 9.30 Uhr Begrüßung und Einführung in die Thematik
- 9.45 Uhr Arbeitskreise
- Erziehung zu Leistungsbereitschaft und Selbstverantwortung
 - Migration: Anschluss finden
 - Lehrer-Schüler-Eltern: Kooperation statt Konfrontation
 - Grenzüberschreitende Situationen im Schulalltag
 - Umgang mit sozial-emotional auffälligen Kindern
 - Schulsozialarbeit: Konflikthilfe und Brückenfunktion
- 11.30 Uhr Rückmeldungen aus den Arbeitskreisen
- 12.30 Uhr Mittagsimbiss
- 14.00 Uhr Grundsatzreferat von Dr. Michael Winterhoff:
„Emotionale und soziale Entwicklung unserer Kinder: Lehrer sind gefordert – andere auch!“
- 15.00 Uhr Podiumsdiskussion: „Erziehungsverantwortung – Schule in der Zwickmühle“
- 16.00 Uhr Schlussworte



Unser
Referent:
**Dr. Michael
Winterhoff**

Bis zum 15. Januar anmelden!

- **E-Mail** gudrun.deck@vrb-rlp.de
- **Fax** 0 62 32 / 62 33 64
- **Telefon** 0 62 32 / 7 94 41
- **Post** an Gudrun Deck,
Am Renngraben 91,
67346 Speyer

Wilhelm-Leuschner-Straße 61
55218 Ingelheim
Telefon 0 61 32 / 7 90 03-0

Navi-Ziel



facebook.com
VRB RLP



Besuchen Sie unsere neue Homepage:



www.vdr-rlp.de